

Volkswacht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in den Abendausgaben der „Volkswacht“, Neue Frauenstraße 6 und Friedrichs-Platz 105, Postfach 155, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Träger- und Postgebühren monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Druck- und Verlagsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau
Unverlangt eingelaufene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 100 W. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Herkunfts- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition, Friedrichs-Platz 105 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Landtagswahlen in Sachsen

Selbstauflösung des sächsischen Landtages

Der sächsische Landtag hat sich am Dienstag selbst aufgelöst. Die Abstimmung über den Auflösungsantrag wurden 50 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten gegen die bürgerliche Stimmen abgegeben. Die Neuwahl des Landtags wird wahrscheinlich noch im Laufe des Juni erfolgen. Sachsen steht vor einem überaus wichtigen Wahlkampf, und vor einer Wahlentscheidung, deren Ergebnis im ganzen Reich die größte Beachtung finden wird.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gab Abgeordneter Pichmann vor der Abstimmung eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Der Auflösungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion setzt dem Landtag ein Ende. Ein Parlament, das infolge der grotesken Widerbrüche der bürgerlichen Parteien, infolge der klassenverräterischen Haltung der Kommunisten, weder eine rechte noch linke Regierung bilden oder im Sattel halten konnte, ein Parlament, in dem die bürgerlichen Parteien trotz ihrer Schwäche schroff den Landtag vertreteten, daß die große Masse des arbeitenden Volkes, vertreten durch die Sozialdemokratie, von der Regierung der Mitbestimmung im Staate ausgeschlossen bleiben mußte, ein solches Parlament konnte keinen anderen Ausweg, als den der Auflösung finden. Damit haben die bürgerlichen Parteien sich gezeigt, daß sie die schärfste Klassenkampfpolitik gegen die schaffende Bevölkerung, der Landtag sollte ein Instrument der rückwärtigen Kräfte bleiben, der Schirmherrscher im Verbands sächsischer Industrieller, hinter der die Volkspartei steht, der unglücklichen Kleinbürgerpartei, der Wirtschaftspartei, der politisch und kulturell volksfeindlichen Nationalsozialisten und ihres großparteilichen Anhangs.“

Wie bei der Neuwahl des Landtags im Jahre 1924 hat sich die Sozialdemokratie auch nach dem Sturz der bürgerlichen Regierung bereit erklärt, die Verantwortung für die Regierungsbildung zu übernehmen, sofern für die schaffende Bevölkerung tragbare Bedingungen bei einer Regierungsbildung gewährleistet wurden. Die Verhandlungen über die Mitbestimmung der Sozialdemokratie sind gescheitert an dem Widerstand der Deutschen Volkspartei, die unter dem Druck der sächsischen Industriellen die politische Vertretung der Arbeiterschaft auch weiterhin von der Regierung fernhalten will. Die tragische Rolle in der widerlichen Komödie um die sächsische Regierung spielten die Nationalsozialisten. In ihnen das sogenannte unpolitische Beamtenkabinett nicht zu erkennen, weil in dem für die Arbeiterschaft besonders wichtigen Arbeitsministerium kein Nationalist als Minister ernannt worden ist.

Autarkiepolitik und Postenjagd ist also das politische Motiv für die Haltung der Nationalsozialisten. Die Nazis wollen nach ihrem eigenen Geständnis einen nationalsozialistischen Block für Mitteldeutschland schaffen. Was ein solches in Sachsen bedeuten würde, das zeigt ein Blick in Thüringen.

Die Sozialdemokratie Sachsens kämpft für einen neuen sächsischen Landtag, in dem die Möglichkeit besteht, die Rechte des Industrielandes Sachsen durch den politischen Willen der werktätigen Bevölkerung entscheidend zu beeinflussen.“

Der nun aufgelöste Landtag war am 12. Mai 1929 gewählt worden. Die Sozialdemokratie erzielte bei dieser Wahl 12 Mandate und 922 000 Stimmen, sie gewann gegenüber der vorhergehenden Wahl zwei Mandate und rund 170 000 Stimmen. Die kommunistische Partei erzielte 12 Mandate und 345 000 Stimmen, sie verlor gegenüber der vorhergehenden Wahl zwei Mandate. 45 sozialistische und kommunistische Mandate und 2 Mandate der Alten Sozialdemokratischen Partei, des Restes 21 Mandate 49 bürgerliche Mandate gegenüber.

Die Bewegung die sich von der Wahl von 1926 bis zur Wahl von 1929 vollzogen hatte, zeigte folgende Tendenz: Zunahme der Sozialdemokratie, Abnahme der Kommunistischen Partei, im bürgerlichen Lager aber Weitergehen der Jesuitenpartei, Dahinsinken der Stärke und des Einflusses der wirklich bürgerlichen Parteien mit politischen Programmen, stärkeres Hervortreten der Klügelwirtschaft und der ausgesprochenen Interessengruppen, was sich in der Stärke der Wirtschaftspartei und der Aufwertungspartei bemerkbar machte. Dazu kam die Auflösung der Hakenkreuzler. Sie gewannen bei der Landtagswahl von 1929 drei Mandate. Während sie bei der Wahl von 1926 nur zwei Sitze im Landtag erzielt hatten, zogen nun fünf Mann stark in den sächsischen Landtag ein.

Die Politik der Mehrheit des nun aufgelösten sächsischen Landtages war so wie das Wahlergebnis. Es zeigte eine Regierungsvermehrheit zusammen, die alle bürgerlichen Gruppen umschloß und nur durch die sozialdemokratische Duldung und Unterstützung der Nationalsozialisten ihr Leben fristete. Ihr einziger Feind war die Arbeiterschaft und deren politische Vertretung, die Sozialdemokratie, in der Isolierung zu halten.

Die Trägerin dieser Politik war vornehmlich die Deutsche Volkspartei. Sie hat geglaubt, daß sie diese Politik noch weiter verfolgen könnte. Daß es jetzt zur Landtagsauflösung gekommen ist, zeigt, wie sehr sie sich verfehlt hat. Sie hat zwei verwerflich schwere Rechenfehler begangen. Einmal hat sie glaubt, die Hakenkreuzler seien Gelangene der Bürgerfront, während in Wahrheit die Bürgerfront vom guten Willen des Herrn Manfred von Killinger abhängig war. Dann hat sie geglaubt, bei den letzten Verhandlungen zum Zweck der Herbeiführung einer Koalition zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien in Sachsen

unannehmbar Bedingungen stellen zu können — eben weil sie die Hakenkreuzler für unbedingt bürgerlichfromm genommen hat. Das sind sie zwar wohl auch — aber nur dann, wenn sie wie in Thüringen den Ton angeben können!

Die Deutsche Volkspartei hat in Sachsen in der Führung der Regierungspolitik wie bei den letzten Verhandlungen jene reaktionäre Hartnäckigkeit gezeigt, die das sächsische Großbürgertum von jeher ausgezeichnet hat und dazu noch jenen politischen und persönlichen Größenwahn, der der Deutschen Volkspartei in Sachsen speziell zu eigen ist. Während in Thüringen die Deutsche Volkspartei in der absoluten Ruchlosigkeit des Herrn Fricke ist, glaubte sie in Sachsen kommandieren zu können — vor allem natürlich der sächsischen Arbeiterschaft gegenüber!

Die Zerplitterung und die politische Dekadenz des Bürgertums in Sachsen wird bei der kommenden Wahl eher noch stärker in Erscheinung treten, und es ist durchaus nicht aus-

geschlossen, daß die Nationalsozialisten ihre Stellung auf Kosten der übrigen bürgerlichen Parteien noch erheblich verbessern. Die Perspektive ist so, daß nach der Neuwahl es für das Bürgertum nur noch eine Möglichkeit geben wird, gegen die Arbeiterschaft unter voller Ausschaltung ihrer politischen Vertretung zu operieren, nämlich die Kopierung des Thüringer Systems. Jeder Versuch, die Arbeiterschaft künstlich auszuschalten, muß deshalb ebenso wie in Thüringen von der Verfassung hinweg und über die Grenzen der Verfassung hinaus führen.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird sich in diesem Wahlkampf für eine erhebliche Stärkung der Stellung der Sozialdemokratie einsetzen. Sie wird gegen die bürgerlichen Diktaturgeplüßte, gegen den reaktionären Größenwahn der Volkspartei wie gegen jeden Versuch kämpfen, eine Hakenkreuzherrschaft nach Thüringer Muster über Sachsen zu errichten.

Neuwahlen am 22. Juni

Dresden, 21. Mai. (Eigener Fundbericht.)

Das sächsische Gesamtministerium beschloß am Dienstag nach dem Auflösungsbeschluß des sächsischen Landtages die Neuwahlen auf den 22. Juni festzusetzen. Die Wahlvor schläge der Parteien müssen bis zum 5. Juni eingereicht sein.

Die nationalsozialistischen Mordtaten

Volle politische Verklumpung der Nazis bis zum Verbrechen

Die jüngsten Mordtaten nationalsozialistischer Rowdys in Berlin an harmlosen, ihres Weges gehenden Arbeitern, gehen ihrer endgültigen Aufklärung entgegen. Die Nachforschungen der Polizei zu der nächtlichen Schießerei in der Kaufhauser Straße, bei der zwei Arbeiter von Nationalsozialisten erschossen wurden, haben inzwischen zur Verhaftung von 11 Personen geführt, die bereits am Dienstag nachmittags durch den Vernehmungsrichter im Berliner Polizeipräsidium dem Gerichtsgefängnis in Berlin-Moabit zugeführt wurden.

Ueber die feige Mordtat der Hakenkreuzler an dem Arbeiter Heimburger in Berlin-Friedenau wird folgendes mitgeteilt: „In den Nachmittunden des Freitags voriger Woche stürzte plötzlich ein Mann mit dem Ruf in das an der Ede Stier- und Hauptstraße gelegene Lokal: „Schützt mich doch, ich bin ja ganz unbedeutend.“ Erhe die Wirtin und Gäste nach begriffen hatten, worum es sich handelte, drangen schon neun bis zehn uniformierte Nationalsozialisten in das Lokal ein und schrien: „Heraus mit dem Strolch!“ Die national-

sozialistische Meute zertrümmerte ihr Opfer — es war der später getötete Heimburger — wieder auf die Straße heraus, wo sie den Wehrlosen in wüthender Wut mit Stöcken und Schlaginstrumenten aus Stiefelabsätzen solange bearbeiteten, bis er leblos liegen blieb. Blutspuren im Lokal zeugten später davon, daß der Ermordete schon vor seiner Flucht schwer verletzt worden sein muß. Mehrere Friedenauer Bürger, darunter ein Mitglied des Stahlhelms, die der nationalsozialistischen Mordtat zusehen mußten, bekätigen diese Darstellung.“

Der Polizeipräsident erläßt zu den Vorfällen in der Nacht vom 16. zum 17. Mai eine Erklärung, in der bestätigt wird, daß Heimburger vor dem Lokal „Amsee“ in Friedenau von den Nationalsozialisten erschossen worden ist. Weiterhin wird bestätigt, daß in derselben Nacht ein gewisser Erwin Spunden von dem Nationalsozialisten Timpe vor einen vorüberfahrenden Lastwagen gestoßen wurde und infolgedessen eine Gehirnerschütterung erlitt. Gegen Timpe ist ein Haftbefehl erlassen worden.

Krise in der englischen Arbeiterregierung

Oswald Mosley zurückgetreten

London, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Sir Oswald Mosley, der als Minister ohne Portefeuille der Arbeiterregierung angehört und dem Minister für Arbeitsbeschaffung, Thomas, als engster und wie sich in den letzten Monaten gezeigt hat, energischer Mitarbeiter zugezählt ist, hat dem Ministerpräsidenten Macdonald am Dienstag sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Dieser Schritt, der seit langem erwartet wurde, bezieht wegen der Persönlichkeit Mosleys und aus prinzipiellen Gründen eine weit über übliche Personalfragen hinausgehende politische Bedeutung.

Mosley, ein Schwiegerohn des verstorbenen Lord Curzon, ist ein früherer Konvertit, der nach einer kurzen Zeit des Schwandens im Jahre 1924 zur Arbeiterpartei übergetreten ist. Er ist vermutlich der einflussreichste unter den jüngeren Männern, die aus der Aristokratie und dem Bürgertum zur Labour Party herübergekommen sind. Sein Rücktritt gewinnt deshalb schon aus persönlichen Gründen eine weithin sichtbare Bedeutung. Nach der sachlichen Seite ist seine Demission noch bedeutungsvoller, da sie die grundsätzliche Entscheidung gegen die von der Regierung eingeschlagene Politik der Arbeitslosenbekämpfung darstellt. Schon kurze Zeit nach der Übernahme des Postens eines Ministers für Arbeitsbeschaffung durch Thomas wurde es deutlich, daß zwischen diesem und den drei ihm zur Seite gestellten Ministern Mosley, Landsbury und Johnson Meinungsverschiedenheiten herrschten. Während Thomas über die landläufigen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht hinausgehen wollte, forderten die drei ihm beigeordneten Minister eine größere und weitergehende Tätigkeit. Diese Forderung zielte auf eine großzügige Politik der Produktionsförderung durch die Aufnahme einer riesigen Anleihe zur Förderung der Produktion, auf eine Pensionierung sämtlicher überalterter Arbeiter und eine sofortige Erhöhung des schulpflichtigen Alters ab. Die Vorschläge verachteten sich zu einem von Mosley verfaßten, bisher der Öffentlichkeit vorenthaltenen Memorandum, das zunächst Thomas vorgelegt, und nach dessen Ablehnung dem Kabinett zur Begutachtung unterbreitet wurde. Macdonald erkannte ein unter dem Vorstich von Snowden stehendes Komitee, das das Memorandum prüfte und ablehnte. Neben Snowden gehörten diesem Komitee Thomas, der Arbeitsminister Frau Bond, der Gesundheitsminister Greenwood und der Kriegsminister Thom Shaw an, der als führender Gewerkschaftsführer und Arbeitsminister besondere Erfahrung auf diesem Gebiet besitzt. Die Gründe für die Ablehnung des

Memorandums waren im wesentlichen die zu hohen Kosten der Pensionierung überalterter Arbeiter und die Auffassung, daß die Aufnahme einer Anleihe in der von Mosley vorgeschlagenen Höhe von einer halben Milliarde Mark in der City unangenehm sein werde. Da die jüngste Entwicklung des Arbeitsmarktes mit ihrer still anwachsenden Arbeitslosenkurve Oswald Mosley recht zu geben schien, hat Mosley jetzt seinen Rücktritt vollzogen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Macdonald, der in den letzten Tagen alles versucht hat, um diesen Rücktritt, der in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt, zu vermeiden, ablehnt. Jedoch glaubt man nicht, daß Mosley zum Verbleiben bewegen werden kann. Es wäre falsch, Mosleys Rücktritt in eine nähere Verbindung mit der Tätigkeit des linken Flügels der Arbeiterpartei zu bringen, obwohl er eine moralische Stärkung für die Linke bedeutet und eine enge Zusammenarbeit zwischen Mosley und der Linken hinsichtlich der Arbeitslosenpolitik der Regierung mit sich bringen wird. Mosley hat jedes diesbezügliche Mißverständnis sofort nach der Ueberreichung seines Rücktrittsgesuches durch eine Erklärung zu beseitigen getrachtet, daß er weiter ein loyales Mitglied der Arbeiterpartei bleiben, jedoch die Arbeitslosenpolitik der Regierung bekämpfen werde. Es kann nicht der geringste Zweifel darüber herrschen, daß Mosley und nicht Thomas die Mehrheit der Partei hinter sich hat, wenn dies auch bei den kommenden Verhandlungen in der Fraktion nicht voll zum Ausdruck kommen dürfte, da nach enalischem Brauch beinahe die Hälfte der Fraktion in der einen oder anderen Eigenschaft der Regierung angehört.

Der Rücktritt Mosleys und die damit verbundene Haltung der 15 linken Abgeordneten der Labour-Partei, die sich am Montag im Unterhaus von der Abstimmung über die Arbeitslosenpolitik ferngehalten haben, wird am Donnerstag in einer wichtigen Fraktionsberatung der Arbeiterpartei zur Sprache kommen. Es verläutet, daß die offizielle Führung der Partei diese Stimmenthaltung, die auf ein Haar zu einer Niederlage der Regierung geführt hätte, überaus ernst beurteilt, und daß eine Verhängung der Fraktionsdisziplin geplant ist. Während die Partei in der Vergangenheit das selbständige Vorgehen eines Teiles der unabhängigen Abgeordneten geduldet hat, soll nunmehr deutlich ausgesprochen werden, daß eine selbständige Fraktionsbildung der Unabhängigen im Parlament in Zukunft nicht mehr geduldet werden wird und die Mitglieder dieser geschlossenen unabhängigen Gruppe in Zukunft nicht mehr als offizielle Kandidaten der Arbeiterpartei anerkannt werden können. Die lange hinausgeschobene Auseinandersetzung zwischen Unabhängigen und Arbeiterpartei dürfte damit für eine Entscheidung reif geworden sein.

Wirths Kampf mit dem Drachen

Große Worte gegen Thüringens Verfassungsbruch — aber schwach in der Sache

Im Haushaltsauschuss des Reichstages, der am Dienstag mit der Beratung des Etats des Reichsinnenministeriums begann, machte Abg. Sölkemann (Soz.) folgende Ausführungen:

Im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen wird auch von einem neuen Ministerium die Rede gemacht. Wir fragen den Reichsminister des Innern in seiner Eigenschaft als Reichsminister, was auf diesem Gebiete geschehen ist. Die Wälsch des früheren Reichsministers Severing, die Technische Hochschule abzubauen, wird von dem jetzigen Reichsminister selber nicht weitergeführt. Es werden sogar erhöhte Mittel angefordert. Wir werden die Stellung des Titels beantragen. Die Senkung des Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus von 1,8 auf 1,4 Millionen Mark werden wir bekämpfen. Wie steht es mit den Verhandlungen über die Aufhebung des Stahlhelms? Die breiten Volksschichten in Rheinland-Westfalen sind an der Aufhebung des Verbotes nicht interessiert. Ist es richtig, daß die Reichsregierung beabsichtigt, im kommenden Winter eine umfassende Reform des Reichswahlgesetzes vorzulegen? Welchen Inhalt wird der Gesetzentwurf haben. Will man, der Jugend das Wahlrecht nehmen? Ist die Aufhebung des Stimmensystems und die Verminderung der Abgeordneten geplant? Welche Partei steht der Wahlreform sehr kritisch gegenüber. Wir glauben nicht, daß sich die an die Verankerung des Wahlsystems, besonders an die Verbesserung der Wahlkreise geknüpften Hoffnungen erfüllen werden. Keinesfalls sind wir zu einer verfassungsändernden Wahlreform wie etwa Aufhebung des Jugendwahlrechts und Beseitigung des Stimmensystems bereit.

Reichsminister Severing hat eine starke Initiative zur Reform entwickelt. Wie steht die jetzige Reichsregierung zu diesem Problem? Es scheint, daß die Länderkonferenzen, die zwar reichliches Material mehr oder minder theoretischer Natur gebracht haben, praktisch ergebnislos zu Ende geführt werden sollen. Wir sind der Auffassung, daß von den Ländern für die Reform nichts zu erwarten ist und verlangen, daß das Reich die Führung übernimmt. Darum haben wir einen Antrag eingebracht, der die Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Reform von der Reichsregierung verlangt. Nichts zeigt die Notwendigkeit der Reform deutlicher, als das Regierungsbüchlein in den Ländern.

Wir ersuchen den Reichsminister, sich ausführlich über die Vorgänge in Thüringen zu äußern. Man hat den Eindruck, daß die Reichsautorität dort eine schwere Niederlage erlitten hat. Wie hat sich der Konflikt entwickelt? Das Thüringische Staatsministerium hat sich herausgenommen, eine amtliche Anfrage des Reichsinnenministers, die sich mit dem Eintritt von Schülern in völkisch-nationale Schülerbünde befaßt, nicht zu beantworten. Der Minister Fried hat öffentlich erklärt, der Reichsminister könne lange warten, bis er eine Antwort erhalte. Das Thüringische Staatsministerium hat diese freche Herausforderung der Reichsautorität stillschweigend hingenommen und bis heute nicht geantwortet. Thüringen also hat die Beziehungen zum Reich abgebrochen und den verfassungsmäßigen Rechtsboden verlassen. Erst dann hat der Reichsminister die Reichszuschüsse gekürzt. Was sollte er anderes tun? Er hat das einzige friedliche Mittel angewandt, um eine Länderregierung, die sich über die Verfassung hinwegsetzt und die Reichsregierung verachtet, in ihren Fährnissen anzuhalten. Der Reichsminister hat pflichtgemäß entsprechend den Richtlinien für solche Fälle von der Thüringischen Regierung Beweise gefordert, daß die Gründe für die Gewährung des Reichszuschusses an die Polizei in vollem Umfang beobachtet werden. Dazu war er um so mehr verpflichtet, als zur selben Zeit der Reichswehrminister einen Antrag gegen nationalsozialistische Zelleneinrichtung im Reichsheer herausgegeben hat. Der Staatsminister Fried hat erklärt, daß er trotz seinem Eid keine blödsinnige nationalsozialistische Politik fortsetzen werde. Er hat seine Überzeugung am 21. Oktober 1927 im Reichstage wie folgt formuliert:

„Solange nicht eine völlige Revolution mit dieser Art Regiererei ausgeräumt und ein anderes System an die Stelle des herrschenden tritt, solange ist jede Veränderung unserer Lage aussichtslos.“

Die Thüringische Staatsregierung hat sich hinter Fried gestellt, durch einen „Aufruf an das Thüringische Volk“, und zwar in beleidigenden Formen gegen den Reichsminister. Sobald der Minister Severing zurückgetreten war, ist die Reichsregierung vor den Thüringischen Staatsministern zurückgewichen. Nach einem Besuche des Thüringischen Ministerpräsidenten in Berlin und dem Staatssekretär aus dem Reichsinnenministerium in Weimar wurden die Zuschüsse weitergezahlt. Keine Spur davon, daß die Reichsautorität durchgebrochen worden wäre. Wir fragen den Herrn Reichsminister, welche Sicherheiten ihm gegeben worden sind, ehe er diese Zahlungssperre aufhob. Hat sich die Thüringische Staatsregierung wegen der verächtlichen Äußerung entschuldigt und Erklärungen abgegeben, daß sie Fried zur Erfüllung

seiner Pflichten gegen das Reich anhalten werde? Hat die Thüringische Staatsregierung Entschuldigungen wegen ihres verlegenen Auftrags an das Thüringische Volk ausgesprochen? Hat der Minister Fried amtliche Erklärungen abgegeben, daß er legal seinen Pflichten gegenüber der Reichsautorität nachkommen, insbesondere die Thüringische Polizei durchaus verfassungstreu führen würde? Wenn solche Erklärungen nicht erfolgt sind, hat die Reichsregierung eine Niederlage erlitten. Die heute bekanntgegebenen nationalsozialistischen Ernennungen zeigen, daß Thüringen den Grundgesetz strikt durchführt. Wie pfeifen auf Berlin. Daß in Thüringen verfassungswidrig regiert wird, zeigt auch die Einführung der völkischen Hahneheute, die dem Artikel 148 der Reichsverfassung widerspricht, denn dieser verlangt die Jugendberziehung nicht nur im Geiste des deutschen Volkstums, sondern auch der Völkervereinigung. Reichsminister Dr. Wirth mußte wissen, daß man sich mit einem Manne von dem politischen Wesen und der politischen Vergangenheit Dr. Fried nicht in große Verhandlungen einlassen darf. Der Nationalsozialist mußte zu spüren bekommen, daß das Reich über hinreichende Machtmittel verfügt, den Willen des Thüringischen Volksministers zu brechen. Wie anders würde die Reichsregierung und würden die bürgerlichen Parteien vorgehen, wenn etwa ein Kommunist Volksminister in Thüringen wäre. Wir brauchen uns nur an das Jahr 1923 zu erinnern. Wenn die bürgerlichen Parteien so vor den Nationalsozialisten zurückweichen, brauchen sie sich über deren Wahlerfolge nicht mehr zu wundern. Das Kennzeichen des Verhaltens der Reichsregierung und ihrer Parteien ist Schwäche. Der Größenwahn und der Terror der Nationalsozialisten werden nun noch wachsen. Um so notwendiger ist es, daß die großen republikanischen Organisationen im Lande sich fester erweisen als diese Reichsregierung.

Reichsminister Dr. Wirth: Es ist jetzt nicht möglich, ein endgültiges Urteil bezüglich Thüringens und der Verhandlungen mit dem Thüringischen Staatsministerium abzugeben, da das vom Thüringischen Staatsminister Baum angekündigte Schreiben bei mir noch nicht eingegangen ist. Ich halte es deshalb für falsch und abwegig, wenn Abg. Sölkemann jetzt schon von einer schweren Niederlage der Reichsregierung spricht und in diesem Zusammenhang über den heutigen Reichsinnenminister ein wenig höfliches Urteil fällt. Abg. Sölkemann weiß ja noch gar nicht, welche Stellung ich zu diesen Dingen auf Grund meines Amtes einnehmen werde.

Der Streitfall, der für mich ein außergewöhnlich erster ist, ist die Angelegenheit der vom Minister Fried empfohlenen Schulgebete. Ich unterstreiche, daß er die Gebete empfohlen hat; er hat aber auch verlangt, daß ihm über die Ausführung seiner Empfehlung Bericht erstattet wird. Wenn heute eine Zeitung sagt, daß man in Thüringen diesen Fall für erledigt halte, so kann ich dieser Auffassung nicht beistimmen. Es ist vielmehr ein Vorgang, der für den Reichsminister die absolute Notwendigkeit einer kritischen Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit enthält. Wenn wir dazu kommen, daß die einzelnen Länder ohne Berechnen mit den zuständigen Religionsgesellschaften derartige Gebete im Sinne der Empfehlung weitergeben, so haben wir zu prüfen, ob diese Gebete mit der Weimarer Verfassung in Einklang stehen. Ich muß das leider bestreiten. In einigen dieser Gebete ist zweifellos Götzenkult und sogar der Diktator der Weimarer Verfassung geistlich verlegt. Ich bin deshalb nicht in der Lage, diese Sache auf sich beruhen zu lassen. Im Artikel 148 der Reichsverfassung ist bezeugt, beim Unterricht in den öffentlichen Schulen ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Empfehlungen Andersdenkender nicht verletzt werden. Es ist klar, daß diese Bestimmungen auf die von Minister Dr. Fried empfohlenen Gebete angewendet sind. Auf Fragen der Opposition in Thüringen soll Minister Fried auch bejaht haben, gegen wen sich diese Gebete richten. Er soll gesagt haben: Wir brauchen uns da nichts vorzumachen, die Enttötlichung des deutschen Volkes geht aus von tiefstehenden Elementen, nämlich von den Juden! Es sind also diese Gebete ausdrücklich in Beziehung zur Judenfrage gestellt worden.

Ich wäre nicht willens, einen Tag im Amte zu bleiben, wenn in irgendeinem deutschen Lande eine derartige Stellungnahme gegen eine Gruppe deutscher Staatsbürger erfolgen würde, wie sie jetzt in Thüringen erfolgt ist. Darüber will ich keinen Zweifel lassen, und ich habe zu dieser Stellungnahme keiner Mahnung von irgendeiner Seite bedurft. Nötigenfalls ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, einen derartigen Vorgang, der in der neueren Geschichte des Reiches einzig dasteht, auch vor das Reichsgericht zu bringen.

Der andere Streitfall ist die Frage des Eintritts von Nationalsozialisten in die Beamtenschaft. Man hat mir in Bezug auf diese Angelegenheit weitgehende Schwäche vorgeworfen. Diesen Vorwurf muß ich zurückweisen. Nach den Akten des Reichsministeriums des Innern sind aus der Tatsache, daß Dr. Fried Minister geworden ist, Konsequenzen nicht gezogen worden. Es mußte also abgewartet werden, was Minister Dr. Fried tun würde zur Verwirklichung der Absicht, Leute aus seiner Umgebung in die Thüringische Polizei zu berufen. Erst das bald vorliegende Material gibt mir die

Wichtigkeit zu einer grundsätzlichen Stellungnahme. Die Entscheidung der Dinge hat den Verlauf genommen, daß nach den Besprechungen mit Herrn Staatsminister Baum eine andere Auffassung der Sache, als Bessendruck es darstellte, Staatsminister Baum ist bei seinem ersten Besuche, den er mir gemacht hat, klar und deutlich von den Meinungen des Herrn Ministers Fried abgerückt. Wir sind die einzelnen der Presse genannten und zu Volksbildern ernannten Personen nicht bekannt. Ich muß abwarten, wie die Ernennung der Persönlichkeiten zu bemerken ist und welche Stellungnahme dieser Sache grundsätzliche hervorgehoben hat. Sie dürfen glauben, daß eine solche Stellungnahme eine ganze Reihe von anderen Fragen aufwirft. Es ist das die Frage der sonstigen politischen Beamten, Gemeindebeamten oder anderer Vertreter, die in irgend einem Dienstverhältnis in Reich, Ländern und Gemeinden stehen. Diese Frage über das Anle zu brechen können Sie mir nicht zumuten.

Der Abg. Sölkemann darf im übrigen überzeugt sein, daß mir jeder Gedanke fernliegt, die Wahlreform mit Unwillen durchzuführen. Ich sage aber aufrichtig, ich bin ein Todfeind der Pflanzwahlen, wie wir sie heute haben.

Der Thüringische Reichsratsbevollmächtigte Dr. Müllert hat den Ausführungen des Abg. Sölkemann entgegen. Es ist nicht richtig, daß die Thüringische Regierung die Äußerungen des Ministers Dr. Fried gegen Reichsminister Severing nicht genehmigt habe. Reichsminister Dr. Wirth habe schon festgestellt, daß diese Mitteilung ausgesprochen worden sei. (Rufe links: Aber nicht öffentlich!) Es war dem Reichsinnenminister überlassen, von der Erklärung des Staatsministers Baum Gebrauch zu machen. Herr Reichsminister Dr. Wirth hat schwere Bedenken dagegen geäußert, daß Nationalsozialisten als Polizeibeamte eingestellt werden. Die Thüringische Regierung stellt sich für ihren Standpunkt auf Art. 129 der Reichsverfassung, wonach alle Staatsbürger ohne Unterschied zu den öffentlichen Ämtern zugelassen sind.

Reichsminister Dr. Wirth: Nach Eingang des Briefes, den ich von Herrn Staatsminister Baum erwarre, behalte ich mir vor, in Beratungen mit den Ländern prüfen zu lassen, ob die jederzeit aufgestellten Grundzüge für Reichszuschüsse an die Landespolizeiverwaltungen in der jetzigen Form überhaupt für das Reich noch möglich sind.

Wittem Herr Wirth freundliche Briefe wechselt

Im Haushaltsauschuss des Reichstages, der am Dienstag seine Beratungen über den Etat des Reichsinnenministeriums fortsetzte, führte der sozialdemokratische Abgeordnete Dietrich-Thüringen, in dem Konflikt zwischen dem Reich und Thüringen u. a. folgenden aus:

In Sachen der fünf Schulgebete hat im Thüringischen Haushaltsauschuss vom 7. Mai ein sozialdemokratischer Abgeordneter den Staatsminister Dr. Fried gefragt: Wer sind die art- und volkstremden Kräfte, gegen die sich die Gebete richten. Was ist mit dem Betrug oder Verrat gemeint? Worin besteht die befreiende Tat, von der die Rede ist? Der Minister erwiderte: die art- und volkstremden Kräfte sind die Juden. Was unter Betrug und Verrat zu verstehen ist, können Sie in der Stellungnahme des „Vorwärts“ zu den Thüringer Gebeten lesen.

Am nächsten Tage erklärte der Minister: „Wenn von Betrug und Verrat die Rede ist, denke ich, daß auch an die Handlungen solcher Kräfte, die hinter dem „Vorwärts“ stehen. (Abg. Schütz: Der Mann gehört ins Zrennhaus.) Am nächsten Tage wurde im Reichstag die Stelle aus dem „Vorwärts“ vorgelesen, in der es heißt: „Betrug und Verrat, Vaterlandsverrat, dahinter verdeckt, sich die Hehe gegen die Außenpolitik des Reiches und gegen die Reichsverfassung.“

Auf die Frage, ob er amtliche Äußerungen bei seinen früheren Erklärungen gemacht hat, erwiderte Fried: Ich glaube, mich deutlich genug geäußert zu haben. Danach ist klar, was Herr Fried meint. (Minister Wirth: Darauf habe ich mir nicht gerade bei meinem Vorgehen geäußert.)

Auf die Frage, was die befreiende Tat sein soll, gab Fried überhaupt keine Antwort, auch nicht, als von sozialdemokratischer Seite gefragt wurde, daß damit nur ein künstlicher Krieg gemeint sein könne. Ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei stellte dann fest: „Die Thüringischen Schulgebete richten sich nach den eigenen Erklärungen des Volksbildungsministers gegen die Juden, gegen die Außenpolitik des Reiches, gegen die Verfassung und gegen den Völkerverein.“

Der „Völkische Beobachter“ schreibt weiter: „Da die Schulgebete sich auch gegen Volks- und Landeserrat richten, hat sich natürlich eine schwarzrote Einheitsfront gebildet. Das Zentrum löst gegen die Wiederbegegnung des nationalen Ehrengedankes.“ (Abg. Sölkemann: Und mit diesen Leuten wechselt Sie Briefe?) In einer Versammlungsanzeige der Nationalsozialisten heißt es: In den Kustapfen Erbsbergers. Thema: Zentrum-Wirth, Kulturkampf in Thüringen im Auftrag der Sozialdemokratie. (Abg. Löwenthal: Das Gesundheitsamt muß eine Kommission zu Fried schicken.)

Bei diesem Auftreten Frieds wollen wir nicht von der Regierung Baum und der einen anderen Partei reden. Nur in Folge der Haltung der anderen Parteien, des Landbundes und insbesondere der Volkspartei sind solche kulturellen Niedrigkeiten möglich. Was sich in Thüringen in den letzten Tagen abgespielt hat,

Giganten der Landstraße

Ein Rennfahrer-Roman von Andre-Keuze
Autorisierte Uebersetzung von Fred W. Angermayer
Copyright by Verlagsgilde Gutenberg Berlin

[Nachdruck verboten]

„Stimmt“, sagte Grimpart, „Majotte hat eine unheimlich freie Schnauze.“ „Augias war auf meiner Seite, Couron auch. Nur Majotte hat über sein ganzes Juchtergeschicht gegurrt, und Bolla hat schließlich gesagt: Wir verstoßen dich sehr gut, Stephan. Gute Augen sind wirklich begehrt, und wie werden den Fall schnellstens genau untersuchen.“

„Das Gerede kennen wir ja schon!“

Aber Reiss können wir unmöglich wegsehen. Damit würden wir eine Schuld anerkennen, die zunächst noch keineswegs bewiesen ist! Ich muß darüber dem obersten Rennleiter Mitteilung geben.“

Wie immer, die Sache wird auf die lange Bank geschoben“, sagte Courat.

„So warte doch, bis ich zu Ende bin. Mein Schenkel!“

Beim Weggehen nahm ich Ballu beim Arm und sagte: Die Sache wird geregelt, im schlimmsten Fall kriegt Reiss eine Abfindung und wird dann selber gehen.“

Jetzt kriegt dieser Ströck noch 'ne Prämie“, sagte Chevillard, der oben ins Kaffeehaus getreten war und die letzten Worte der Unterhaltung gehört hatte.

Spielt doch keine Rolle, wenn er nur geht“, erwiderte Courat.

„Na ja, mein Herr.“

„Die werden ihn nicht rauswerfen“, hat Duhamel, der Herr der Rennbahn, gesagt. Die Verantwortlichen haben sich nicht getraut, ihn zu entlassen, weil er ein guter Reiter war. Und das ist das Beste, was man sich wünschen kann. Denn wenn er nicht geht, dann ist das Rennen verloren.“

Die Unterhaltung ging weiter. Immerzu mußte Courat die ganze Geschichte immer wieder von vorn erzählen.

Chevillard, der an Jeanine einen acht Seiten langen Brief geschrieben hatte, in dem er ihr die ganze Episode in allen Einzelheiten schilderte, ging fort, um einen kleinen Spaziergang zu machen.

Ein dreizehnhündiger Schaf hatte ihn einigermassen auf die Beine gebracht, obwohl er unter den gefrigen Magenkrämpfen, die Stundenlang angehalten hatten, noch etwas zu leiden hatte. Immerhin fühlte er sich wieder ziemlich wohl, obwohl ihn noch alle Glieder schmerzten. Seine Hände, die so lange den Lenker umfaßt hatten, waren etwas steif geworden. Er hatte Kreislaufschmerzen und konnte seinen Nacken kaum bewegen, der von dem vielen Umkehren wie ausgerentet war. Die langen und phantastischen schnellen Taktfahrten, während derer sein ganzer Körper in Schweiß gebadet war, hatten seine Kräfte ziemlich mitgenommen. Sie schienen angeschwollen und entzündet und kamen ihm wie kleine gebaute Kugellager vor.

Er hatte gestern unvorstellbare Schmerzen in den Augen. Trotz der Brillen waren sie schwer entzündet und brannten wie die Hölle. Heute moegen hatte ihm der Arzt einige Tropfen Kollin unter die Lider geträufelt und wenigstens diesen Schmerz behoben. Das sein Wagen und vor allem die Kräfte machten ihm noch zu schaffen. Wie viele hatten schon wegen schlechter Vorbereitung oder Genußschmerzen das Rennen ausgeben müssen. Voriges Jahr hatte er wegen Sichelgeschmerzen das Rennen in Briancon ausgegeben. Sollte er diesmal, wo er eben dabei war, popeln und besteuert zu werden, das selbe Schicksal erleiden? Nach heute Nacht, um zwei Uhr morgens, hieß es die dreihundert-untersechzig Kilometer der neuen Etappe Luchon—Borjolan heranzufahren, wieder Berge zu übersteigern, den unheimlich heißen Pyramontens zu überwinden und mit zusammengeschissenen Röhren von neuem zu laufen.

Jeanine hatte ihm nur ein kurzes Telegramm geschickt: „Ruh dich heute gut aus!“

„Ich habe mir nur noch einen Gedanken: Aushalten! Ganz gleich, wie es auch immer über die Dammung oder sonst durch den Tag geht. Ich mußte ihn auf seiner Ehrenrunde in Paris befehlen lassen.“ Dann würde er mit ihm im Auto nach Luchon fahren. In seine Hände nehmen und mit ihm fahren. Das wäre die große Ehre für ihn. Er würde ihn anhalten und ihn ganz gehen lassen. Nur ihm allein!

„Vergeltung, sind Sie nicht Herr Chevillard?“

Er schreckte aus seinen Träumen auf. Vor ihm stand ein Herr mit einer Dame, die einen kleinen Jungen an der Hand führte. Ruggaste. Die Dame hatte kostbare Perlen um den Hals und noch schönere Augen. Ihr Mann trug ein Monokel. Mit vor Staunen offenem Mund stand der kleine Junge bewundernd vor Chevillard.

„Ja, ich bin Chevillard!“

„Aho habe ich Sie doch wiedererkannt... Ich sagte zu meiner Frau: Sieh doch mal, dort kommt Chevillard!... Wie schön Sie gestern sahen und haben riesig gelacht!... Darf ich Ihnen die Hand drücken?... Donnerwetter, das war aber eine Leistung!“

„Sie sind sehr liebenswürdig.“

„Jetzt werden Sie ja gar rot?... Ich sagte dir doch, Liebste, Sie sind alle große Amte! Macht nichts, einen unheimlichen Trill haben Sie, Herr Chevillard, und Lungen müssen Sie haben!“

„Ah, wissen Sie, daran gewöhnt man sich.“

„Ja ja, aber es muß doch schrecklich sein, über die Prenten zu rabeln.“

„Ja, es ist wohl hart, aber auch daran gewöhnt man sich.“

„Versteht du“, sagte jetzt der Herr zu seiner Dame, die Fahrer sind darauf trainiert!... Sie müssen dementsprechend leben und können sich nach jeder Etappe etwas ausrufen.“

Die Dame war voll Mitleid.

„Sie haben gestern schrecklich blöf ausgelesen, als Sie vom Rad stiegen. Ich habe förmlich mit Ihnen gelitten!“

„Ja, das kommt, weil ich gestern mal richtig hingefallen habe!... Und wenn man so hoch Staub ist, steht man auch nicht präsentabel aus!... Aber wenn man dann wieder gebadet hat und massiert worden ist, ist alles vergessen.“

„Jetzt sind Sie doch der Herr!“

„Nur in dieser Hinsicht!... Drei Minuten hinter mir kam Argenteo als Zweiter und hat damit an die Spitze vom Colomant geschoben. Blanc-Mesnil hat jetzt das Sable das ganze Spitzentrio zugeht. Ich auf dem Hauptquartier zusammengebrochen.“

„Versteht du, Liebste“, sagte der Herr wieder zu seiner Dame, die Zeit der polkledenen Rennen wird zusammengebrochen und daraus das Resultat errechnet. Welche Gesamtzeit hat heute Argenteo bei Paris?“

(Fortsetzung folgt)

Einmaliger des Reichsinnenministers
Witz noch in schlimmer Form als gegen
er dem Minister Gezerung. Sie Herr Minister hatten
bestimmte Erklärung bekommen, daß die Einstellung von
Nationalsozialisten nicht erfolgt sei. Sie glauben, daß das auch
bestanden würde. Und diese Ansicht soll auch beim Minister
gehaben haben. Das Resultat ist aber: Ein National-
sozialist ist Stellvertreter geworden und ein anderer, Herr Det-
lein Stellvertreter. Ihre Langmut und Ihr Anstand Herr
Minister werden demzufolge mißbraucht werden, daß Sie eines Tages
den Wunsch haben werden, Sie wären am Anfang stärker
gewesen.

Reichsinnenminister Dr. Witz: Wenn gefragt worden ist,
ob hätte rechtzeitig eingegriffen werden, so muß ich erwidern, daß
die Einzelheit die Vbg. Dietrich vorgezogen hat, bereits Gegen-
stand meiner Besprechungen mit dem Minister Baum gewesen sind.
(Vbg. Geilip: Und was war der Erfolg?)
Wenn Vollzeitschlepper von einer Partei zu einer anderen,
in diesem Fall zu den Nationalsozialisten, übergehen, so ent-
zieht sich das dem Einfluß der Reichsregierung. Ich muß erst die
Wirkung der Einstellung eines solchen Beamten sehen, inwiefern
er seinen Beamtendienst verfehlt. Was löst erst einen Feuerherd,
wenn er brennt. (Vbg. Rosenfeld: Es brennt doch schon.) Auf die
Einzelheiten gegen den Minister werde ich am Mittwoch eingehen.

**Der Reichstag
zu den Verkehrsproblemen**
Abrechnung mit der arbeitserfindlichen Politik der Reichsbahn
Im Reichstag wurde die zweite Beratung des Haus-
halts des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt.
Reichsverkehrsminister v. Guérard
Für den Luftverkehr werden ausgegeben auf den Kopf der
Bevölkerung in Frankreich 8,30 Mark, in England 7,70 Mark und
in Deutschland nur 0,78 Mark. Die Beiräte bei den Verkehrs-
einrichtungen beruhen auf gesetzlicher Grundlage. Der Reichs-
wasserstraßenbeirat ist durch Art. 98 der Reichsverfassung vor-
geschrieben, der Reichseisenbahnrat durch Art. 93 der Reichsver-
fassung. Weiter bestehen die Beiräte für das Kraftfahr- und Luft-
verkehrswesen auf Grund von Gesetzesbestimmungen. Bei der Reichs-
bahn werden wir durch Förderung ihrer Kreditfähigkeit
dazu kommen, daß die neuen Anlagen aus Anleihe-
mitteln gedeckt werden. Es geht auf die Dauer nicht,
daß in Zeiten niedriger Konjunktur die Ausgaben für solche
Zwecke gedrosselt werden. Die Bezüge der leitenden Be-
amten werden wir prüfen. Bei der schlechten Finanz-
lage der Reichsbahn ist es unerträglich, wenn sie Gehälter zahlt,
die jedes Bedürfnis übersteigen.

Böb dienstentlassen

Berlin, 20. Mai. (Eigener Bericht.)
In dem Disziplinarverfahren gegen den in
bestimmten Berliner Oberbürgermeister
Böb fällt das Disziplinargericht am Dienstag nach mehr-
tägiger Verhandlung folgendes Urteil:
Der Angeklagte hat die Pflicht verletzt, die ihm sein
„auferlegt, und sich durch sein Verhalten im Amt und außer
dem Amt der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, das
ihm zugehört, unwürdig gezeigt. Er wird deshalb mit
Dienstentlassung bestraft. Dem Angeklagten werden auf
seiner zwei Drittel des ihm geschuldeten Gehalts zuzulegen-
den Pensionsbetrages als Unterstützung gewährt.
Vorauslagen des Verfahrens fallen dem Angeklagten
zur Last.

mehr; ihm schwebt als Ziel die Wiederherstellung des
„Imperium Romanum“ vor: Italien die Beherrscherin,
zum mindesten die Vormacht im Mittelmeer!
Frankreich droht die politische Isolierung nunmehr auch in
Europa. Die Londoner Konferenz legte den Flottenansprüchen
Italiens nicht die von Frankreich gewünschten Güter an, und zu
einer Sicherung der französischen Macht wollte nun auch England
sich nicht verstehen. Obendrein gewinnt der Faschismus Mussoli-
nischer Prägung in Europa ständig an Boden, sowohl bei der
Bourgeoisie als in kirchlichen und militärischen Kreisen.
Hier legt die Taktik Briands ein Ideologiemittel ein.
Gegen die faschistische Spektakelrevue des pazifistisch-paneuro-
päische Rückblick. Derweilen kann in den Kulissen der Aufbau
für das nächste imperialistische Intrigenstück vorbereitet werden.
Nicht als ob Frankreich gerade aggressive Absichten hätte,
als ob Zug und Gegenzug unter allen Umständen zu einem
neuen Kriege führen müßten. Selbst Mussolini wird im Ernst
nur für den Fall ans Losschlagen denken, wo seine Lage in
Italien präkar zu werden droht, und er das Kriegswentil zieht,
um eine Explosion zu verhindern. Aber Frankreich, dem heute die
amerikanische und die englische Rückendeckung fehlt, sieht die
Möglichkeit, daß einer neuer Dreieck im Entstehen begriffen ist.
Italien, Oesterreich, Deutschland, aber nicht mit Berlin als
Schwerpunkt, sondern mit Rom. Die faschistischen Strömungen
und Organisationen, die Reigen von Schöber nach Rom und
Berlin, das sind Symptome, die man am Quai d'Orsay sehr
beachtet.

Abg. Hülich (Soz.):
Wir bedauern ebenso wie der Minister die Verkehrs-
zerpflückerung in Deutschland und fordern die Fortführung der
Bemühungen zur Vereinheitlichung. Die Unfallzahlen
im Luftverkehr sind infolgedessen noch viel zu hoch. Wir
möchten aber dringend bitten, daß die Vorwürfe, die in
letzter Zeit aus der Pilotenschaft gegen die Leitung der
Luftkammer erhoben wurden, daß sie vom Piloten Schneid
an Stelle von Sicherheit verlangen, genau nachgeprüft werden.
Wir verlangen eine rechtzeitige Vorlage des Entwurfs der Neu-
regelung der Kraftverkehrsregeln. Wir sind der Ansicht, daß die
geringen Mittel zur Fortführung der Kanalbauten die
untere wirtschaftlich noch vertretbare Grenze, von der der Minister
sprach, bereits überschritten haben. Der Bau wird durch die
lange Auseinandersetzung der einzelnen Bauabschnitte unwirt-
schaftlich und viel zu teuer. Vor allem notwendig ist die
Fertigstellung des Mittelkanals. Geradezu
großartig ist es, daß der Mittelkanal nur deswegen nicht
realisiert kann, weil das letzte 5 Kilometer lange Anschließstück
an den Dortmund-Ems-Kanal wegen Mangels an
Mitteln nicht gebaut werden kann. Wir glauben, daß die
Inangriffnahme neuer Kanalbauprojekte nicht
vor der Fertigstellung der alten erfolgen sollte, weil bei der
knappen Bewilligung der Mittel die Fertigstellung auch
durch früheren Baubeginn nicht beschleunigt werden könnte.

Die Begründung des Urteils ist wie das ganze Verfahren
dem Oberbürgermeister Böb, der sich von dem Urteil
betreffend die sofortige Berufung eingelegt.
Auch Stadtrat Kay suspendiert
Der Berliner demokratische Stadtrat Kay ist am Dienstag
den Oberpräsidenten von Berlin und
andenburg seines Amtes enthoben worden. Stadtrat
war 20 Jahre Grundstücksdezernent der Stadt Berlin.

Dabei geht es um die Stellung und um die Haltung Deutsch-
lands. Nach dem Abschluß der Reparationsverhandlungen hat die
deutsche Bourgeoisie, haben die deutschen Imperialisten wieder
Oberwasser. „Nach Ostland wollen sie reiten“. Die Entlastung im
Westen verstärkt den Druck im Osten. Man hat Anhaltspunkte
dafür, daß in jüngster Zeit die französische Politik den Versuch
gemacht hat, hier den Hebel anzusetzen, um Deutschland auf die
französische Seite hinüberzuziehen. Rückgabe des polnischen
Korridors gegen Grenzregulierungen in Oberschlesien — das war
der zugkräftigste von den verschiedenen Versuchsbällen, die da
aufgelassen wurden. Aber man glaubt in Deutschland, noch
andere Trümper in der Hand zu haben: Italien, das seine
afrikanischen Besitzungen ausweitet und möglichst eine italienische
Zone von Tunis-Tripolis bis Abyssinien schaffen möchte, hat
durchblicken lassen, daß es einer Revision des Versailler Vertrages
nicht ablehnend gegenübersteht würde, und daß es auch für ein
deutsches Kolonialmandat zu haben wäre. Breams Ziel zwischen
den beiden Hauptbündeln.

Abg. Schmidt-Steglich (Dem.): In seiner Düsseldorf Rede
hat Dr. Brüning von der gewaltigen Steigerung der
Personalausgaben gesprochen und den Reichstagsbeiräten und
Schiedsprüchern die Schuld daran gegeben. Was sollte dieser
Angriff bedeuten? Etwas daß die Reichsbahn ein vollkommen
privates Unternehmen werden soll? Das wollen wir keines-
wegs. Auch andere Stellen jener Rede waren nur geeignet,
Unfrieden zu säen. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats der
Reichsbahn, von Siemens, hat sich auch solche Ausfälle gegen
das Reich und die Sozialpolitik geleistet.

Briands Panuropa
Der neueste politische Trübsinn
Von Georg Engelbert Graf.
Es gibt Leute, die schon über Locarno und Kellogg-Pakt
aus dem Häuschen geraten sind. Was muß das erst für ein
Anfang der Verzückung gewesen sein, als sie in ihren Leib- und
Lichtblättern die neueste Botschaft Briands an
Europa lasen? Halleluja, eine neue Vera bricht an! Das
neue Zeitalter des Völkerfriedens ist da! Die Pan-Europäische
Agitation nebst zugehörigem Heiligenschein für Briand! Ist es
geradezu frevelhaft, keifisch heiselt zu stehen?
Sie liegt sich ausgezeichnet, diese Botschaft. „Nie war die
Lage günstiger und nie war es dringender, ein Werk des
Friedens in Europa zu schaffen.“ Es ist eine Entscheidung
sicher, wo ein wahres Europa sein Schicksal selbst bestimmen
kann.

Und Deutschlands Rolle im europäischen Konzert erscheint
deshalb so entscheidend, weil es in all den Jahren nicht gelungen
ist, seine wirtschaftliche Position in Europa zu erschüttern. Frank-
reich hat zwar an Goldvorräten thesauriert, was es zusammen-
hamstern konnte, aber deshalb ist es ihm immer noch nicht
gelungen, dem Markt für große internationale Anleihen an
Paris zu fesseln, und ob sein derzeitiger Versuch, die Pariser
Finanzorganisationen auf kurzfristige Kreditoperationen umzu-
stellen, Erfolg haben wird, steht noch dahin. Seine Industrie aber
hat, aller Aufblähung zum Trotz, den Anschluß an Mittel- und
Osteuropa noch nicht gefunden, obwohl es sich an östlichen Unter-
nehmungen mit Kapital in auffällender Höhe beteiligt hat. In
einer solchen Lage erscheint es dann nicht weiter verwunderlich,
wenn Briand den machtpolitischen Bestrebungen und Aktionen
des französischen Imperialismus in anderer Drapierung zu einem
Erfolge zu verhelfen sucht. Auch mit Sentiments lassen sich poli-
tische Geschäfte machen. Auf „Panuropa“ sind schon ganz seriöse
und sehr prominente Leute hergelaufen; warum soll die neue
Flagge nicht auch die französische Monroe-Doktrin bedecken?

Abg. Scheffel (Soz.):
Tarifierhöhung ist kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der
Geldknappheit, die Erfahrungen beweisen das Gegenteil. Eine
Tarifierhöhung wird notwendig sein, besonders eine Prüfung
der Zweckmäßigkeit der verschiedenen Tarifsätze. Wertwändig ist,
daß gerade bei der jetzigen Geldnot die Reichsbahn überreiche
Mittelverfügung macht. Sie könnte doch einmal auf den Rück-
lagefonds zurückgreifen, der bereits auf 500 Millionen an-
gemacht ist, statt durch Tarifierhöhungen die Öffentlichkeit zu
beunruhigen, die Arbeiter und Angestellten zu belasten.
Die Personalpolitik der Reichsbahn bleibt
trotz aller Kritik des Reichstags unverändert.
Zehntausende Arbeiter werden entlassen, Betriebsverhältnisse
geschleudert, und von oben her wird auf die unteren Gruppen
gedrückt. Streckenarbeiter, die schon jahrzehntelang Dienst leisten,
haben keine Gelegenheit, Beamte zu werden. Wir wenden uns
dagegen, daß die Kosten der Nationalisierung immer nur von
den Arbeitern und Beamten getragen werden sollen. (Sehr
wahr! bei den Soz.) In den hohen Gehältern wird
nicht gespart, genaue Angaben darüber werden uns vor-
euthalten. Wie sieht es mit der Neubesehung des Verwaltungsrats?
Die Gewerkschaften warten schon recht lange auf Auskunft.
Bezeichnend ist folgende Statistik: Nach dem großen Ausbau
beschäftigte die Reichsbahn im Jahre 1925 noch 732 961 Mann,
davon 3052 höhere Beamte, im März 1930 waren die ent-
sprechenden Zahlen 679 404 und 3474, während also über
53 500 weniger Arbeitsplätze waren, gab es 422 höhere Beamte
mehr. Trotz aller Kritik des Reichstages werden die Leistungszu-
lagen weiter gezahlt. 24 Millionen sind darauf
verwendet worden. Große Summen werden auch immer für
den überflüssigen Bahnschutz und auch für den nicht
überall nötigen Reichswasserbau ausgegeben.

Einig sein, um zu leben und zu gedeihen, das ist die ge-
richtige Notwendigkeit, vor der fortan die Völker Europas
stehen. Das Empfinden der Völker scheint sich in dieser Hinsicht
deutlich befunden zu haben. Sache der Regierungen ist es,
ihre Verantwortung auf sich zu nehmen, wollen sie es nicht
zufälligkeiten privater Initiative und regelloser Versuche
lassen, die materiellen und moralischen Kräfte zu gestalten,
die Beherrschung im ganzen zugunsten der europäischen
Einigkeit und der Menschheit ihre eigene Aufgabe ist.
Ist das nicht herrlich schön gesagt? Schade, wir haben so
Worte in den letzten Jahren so häufig gehört. Wollen wir
wieder täuschen lassen? Auch Mephisto-Briand wird es mit
schönen Reden nicht erreichen, daß wir den Pferdeschub über-
lassen. Und allem sentimentalen Pazifismus zum Trotz sei es
klar: Briands PanEuropa-Botschaft ist ein machtpoli-
tisches Mandat des französischen Imperialismus, das sich zwangsläufig aus der Linie Kellogg-Pakt,
Locarno, Londoner Flottenabstimmungskonferenz ergeben mußte.
Frankreich hat die machtpolitischen Ansprüche, die den
Friedensvertrag bedingten, nicht durchzuführen vermocht.
Englische und amerikanische Imperialismus auf der einen,
italienische auf der anderen Seite, haben es erreicht, daß
Frankreich mehr und mehr isoliert wurde, ja, daß man dort in
letzter Zeit von einer Einkreisung reden konnte. Mit Waffen-
macht ist zurzeit in Europa nichts anzufangen; auch die
Diplomatie scheitert an den wirtschaftlichen Tatsachen,
weder in Industrie- noch finanzkapitalistischer war Frankreich
eine Rolle bespielen. Nun holt es noch ein Pferd aus dem
Stall, mit dem es schon verschiedene Male das Rennen machte:
moralische Propaganda! Briand als paneuropäischer
Kampfmittel — da kann ja Pfingsten nicht weit sein. „Mit
den“ wird man reden von Konferenz zu Konferenz; das Ende
im Zeitalter des Kapitalismus doch nur der Turmbau von
Babel sein.

Es wird interessant und politisch sehr bedeutungsvoll sein,
diesem Weltlauf Italiens und Frankreichs um die Gunst Mittel-
europas zuzusehen. In Moskau wird man in den faschistischen
Briands, lediglich Operationen wittern, die den unmittelbaren
bestehenden Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten sollen.
Europa rüstet gegen die Sowjetunion! Man wird ja in Moskau
wissen, wozu man dies Kriegsgeld braucht, über die Sowjet-
union kommt das amerikanische Finanzkapital und von ganz
anderer Seite her; da mag es sich vorziehen. So weit gesteckte
Ziele haben weder Italien, noch Frankreich, noch Deutschland; da
lokt vorläufig die europäische Beute. Und die neue — und doch
gar nicht neue — Formel lautet: „Moralische Union Europas in
der europäischen Konferenz — ein Bund auf der Grundlage des
Gedankens der Einigung, nicht der Einheit — gegenseitige An-
näherung der europäischen Volkswirtschaften unter der politischen
Verantwortung der souveränen Regierungen“.

Auf dem deutschen Industrie- und Handelsrat
in Berlin hat am 9. April dieses Jahres der Präsident des Ver-
waltungsrats der Reichsbahn, v. Siemens, die Zusammen-
setzung des Reichstages besprochen und getadelt, daß Vertreter
verschiedener Gruppeninteressen im Reichstag seien. Sowohl
wir führen uns berufen, die Interessen des Reichsbahn-
personals auf das nachdrücklichste zu wahren,
ohne dabei die allgemeinen Volksinteressen aus dem Auge zu
verlieren. Auch die Zusammenlegung des Verwaltungsrates
besprach Herr v. Siemens und wandte sich dagegen, daß die Inter-
essen von Referenten darin vertreten seien. Das sagt ein Mann,
der einer der größten Referenten und Nutznießer der Reichs-
bahn ist!
Wir verlangen Abschaffung aller unproduktiven
Ausgaben, Rücksichtnahme auf die Interessen
des Personals und tatkräftige Lösung der vorliegenden
Fragen. Von dem Dank, den der Geschäftsbericht alljährlich dem
Personal ausspricht, kann kein Mensch leben. Wir verlangen
selbstwegs die vorhandenen Schwierigkeiten, die ihren Grund
zum großen Teil in mangelnder Zusammenarbeit der einzelnen
Verkehrsmittel haben, und wünschen ihre Erhebung durch
harmonische Zusammenarbeit im Interesse der deutschen Volks-
wirtschaft. (Lebhafte Beifall der Soz.)

Nach Versailles hatten sich die französischen Imperialisten
auf der Dinge anders vorgestellt. Zwar schien ihnen die
Wiedlung zunächst recht zu geben: Frankreich in Europa voran;
ein afrikanisches Weltreich und wertvolle Schlüsselstellungen
in Ostasien und in der Levante als Grundlage einer anspruchsvollen
Weltgeltung. Aber als es keine Nachstellung durch einen
Antipakt mit den Vereinigten Staaten sichern wollte, bog
das den französischen Vorschlag Klug in einen internationalen
Vertrag unter amerikanischer Direktion um. Selbst die
übergehende Erneuerung der englisch-französischen Einigkeit,
haben mit einigen verzögerten Provokationen gegenüber dem
amerikanischen Vorstoß vermochte die nunmehr einliegende
Lage der Vereinigten Staaten nicht mehr zu hindern. In
Reparationsverhandlungen in Paris und im Haag trium-
phierte das amerikanische Finanzkapital und schloß nicht allein
Reparationsschuldner Deutschland, sondern auch den euro-
päischen Siegerstaaten die Bedingungen vor, die auf Jahre hinaus
teilweise der Weltwirtschaft und der Weltwirtschaft darstellten.
Es gehört zu den weltpolitischen Leistungen der englischen
Regierung, daß sie das Konkurrenzverhältnis gegenüber
den Vereinigten Staaten, das sich unter Baldwin, Churchill und
Lloyd George immer mehr zugespitzt hatte, systematisch abbaute.
Das Ziel einer ungefährliehen Weltsozialität
des Macdonalds nach Amerika, die Vereinbarungen der
Londoner Abrüstungskonferenz sind die deutlichen Symptome
dieser Wandlung in den Beziehungen. Die Sorge um die Be-
haltung der englischen Weltmachtstellung und um den Fortbestand des
„Empire“ ließ die englische Regierung das kleine Nobel
in der Mittelmeer hatten sich aber die Verhältnisse in Italien
verändert; die Vria als „Mare nostrum“ genutzte Mussolini nicht

Damit wir nicht mißverstanden werden: wir wenden
uns durchaus nicht gegen die paneuropäische
Idee, sondern gegen den beabsichtigten Miß-
brauch dieser Idee zu machtpolitischen Zwecken.
Und wir wollen die Arbeiterschaft vor der Illusion bewahren, als
ob in so oder so geplanten Institutionen etwas geschaffen würde,
was unseren Interessen und unseren Forderungen entspricht.
In einer kapitalistischen Zeit unter kapitalistischen Staaten kann
es ja auch gar nicht anders sein, als daß — allen schönen Worten
zum Trotz — Völkerverbund und Kriegsschützengeld und Ab-
rückungskonferenz und Briands PanEuropa-Vorschlag kapita-
listisch-imperialistische Machtmittel darstellen, denen gegen-
über Märkte Kritik und angespannteste Aufmerksamkeit und
wachsamste Mißtrauen geboten ist.

Abg. Chhardt (Ztr.) verlangt Wiederherstellung der durch
die neue Grenzziehung zerrissenen Verkehrsverbindungen. Es
handelt sich um 71 Eisenbahnlinien und um Verlängerung der
Verbindungen bis zu 300 Kilometer. Die Zahl der über die
Grenze fahrenden Personenzüge ist gegen 1913 um 45 Prozent,
der Güterzüge um 84 Prozent gesunken. Wenn die Reichsbahn
dabei bleibt, neue Linien nur bei 100prozentiger Rentabilität
zu bauen, dann geht die Wirtschaft in den Abgrund. Die Reichsbahn
zu Grunde. Polen transportiert die obereschlesische Kohle,
die mit 40 Prozent niedrigerer Lohnbelastung produziert wird,
für 3,35 Mark pro Tonne nach Ostpreußen; die Reichsbahn
verlangt den dreifachen Frachtpreis von Ostpreußen nach Danzig.
Ostpreußen nach Danzig. Amtliche Stellen können
oft erst einmal die Geographie von Oberschlesien und verlegen
deutsche Orte nach Polen und der Tschechoslowakei. (Lebhaft
Hört!)

Damit ist die Aussprache beendet. Angenommen
werden eine Entschädigung des Ausfallens gegen die Tarif-
erhöhung auf der Berliner Stadtbahn und weitere Entschädigungen
auf Gleichstellung der Kleinrentner mit den Großrentnern
im Verkehrsgebiet und auf Kapazitätserweiterung für
Kleinrentner nach den Kriegsjahren. Angenommen wird
auch eine von den Kommunisten beantragte Entschädigung, wenn
die Zustimmung der Reichsregierung zur Erhöhung der Preise für
Spezialtarife herabgesetzt werden soll.
Für den kommunistischen Mißtrauensantrag
gegen den Reichsbahnminister stimmten nur die Sozialisten.

Singen geräumt

Die französische Besatzung hat am Dienstag vor-
mittags Singen geräumt. Der Abmarsch vollzog sich ohne jede
Formalität.

25
PF.

WERTHEIM

Breslau 5

Telefon Sammel-Nr. 22 111

45
PF.

Einheits-Preise

- 1 Mappe Briefpapier
- 4 Rechenhefte
- Farbkasten
- Ausklöpfer
- Zahnbürste
- Zahnbürstenbehälter
- 3 Mundgläser
- Rasierseife in Aluminium-Hölze
- Kamm viele Sorten
- Scheuerbürste
- Eckenbürste mit langem Stiel
- Wäscheklammern
- Haubenheiz
- 4 Tropfenfänger
- Gießkorken Messing
- 3 Kochlöffel
- 1 Teesieb
- 1 Paar Armblätter
- 2 Gummischwämme
- 1 Küchenmesser rostfrei

- Damen-Tagehemd
- Nachthemd für Mädchen mit buntem Kragen
- Gummischürze für Damen
- Kinderschlüpfer
- Wachstuch-Rest Barchent
- Tresor für Damen oder Herren
- Zigaretten-Etui Alpaka verübt
- 3 Stück Toilette-Seife im Karton „Hausmarke“
- 4 Stück Toilette Seife
- Eau de Cologne
- Handspiegel Zelluloid
- Isolierflasche Aluminium
- Brühsieb
- Aufsatz mit verstellbarem Fuß
- Tortenheber im Geschenkkarton
- Teeglas Messing vernickelt
- Besteckkasten 4 Teile

90
PF.

- Nagelkasten mit Einhellung
- Handarbeitskorb
- Holz-Nähkasten mit Einsatz
- Waffeltuch
- Milchtopf
- 12 Badetabletten Fichtennadel
- 6 Poliertücher
- Reisekissen
- Handkoffer

- Essenträger Aluminium
- Briefkasten gehämmt
- 5 Rasierklingen Spezialmarke
- Rasierpinselel Dachhaar
- Papierkorb
- Farbkasten extra
- Ebbebesteck mit Ebenholzbackenheit
- Bettwärmer
- Fußmatte
- Bügeisäbe mit gehärtetem Blei
- Fuchsschwanz extra groß
- Küchenbeil
- Einkaufsnetz extra stark
- Halskette
- Autobrille
- Zirkelkasten
- 3 Taf. Schokolade Milch u. Nub

- Herrenkragen 4 fach Mabo
- Farbkasten mit 32 Farben
- Handarbeitskorb
- 1 Kassette Briefpapier
- Rasierpinselel
- 5 Rasierklingen Hausmarke
- Zahnbürste
- Wärmeflasche
- Fußmatte
- Kleiderbürste
- Schuhbürste
- Wachstuchrest Barchent
- Halskette
- Lichttopf Aluminium
- Semmelkorb
- 3 Wischtücher
- Tabakpfeife
- Handspiegel Zelluloid
- Kaffeefilter „Herka“
- Amateuralbum

Familien-Anzeigen

Am 19. Mai 1930 verschied unser Mitglied und Funktionär, der **Tischler**

Paul Glater

im Alter von 45 Jahren. 2030
Ehre seinem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Groß Breslau.
Einäscherung: Freitag, den 23. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.
Trauerhaus: Adlerstraße 7. Distrikt 18.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltung Breslau

Sonntag, 18. Mai, abends 9 1/2 Uhr, vorstabs unsere Freundin und Verbandskollegin, die Metallarbeiterin

Berta Pietz

im Alter von 32 Jahren. 2036
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des evang.-reform. Friedhofes, Lohestr.

Am 18. Mai verschied nach langem, schwerem Leiden unsere frühere Kollegin und Arbeiterin

Frl. Berta Pietz

im blühenden Alter von 32 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Kolleginnen und Kollegen der Firma Hydrometer A.-G.

Am 18. Mai verstarb unser langjähriges Mitglied

Ferdinand Busse

im Alter von 74 Jahren.
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder der Begräbniszusatzkasse Archimedes.
Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle St. Paulus in Cosel. 77

GEBURTS-VERLOBLINGS- HOCHZEITS- TODES-

ANZEIGEN

lassen schnell die
Volkswacht-Buchdruckerei
Flußstraße 6.

Das altbewährte, natürliche Volksheilmittel

Gabris-Wacholdersaft

höchster Qualität zu haben in der
König-Apothek
Breslau, Taubengasse 11, Ecke Oststr.

Montag, den 19. Mai, früh 3 1/4 Uhr, verschied durch Unfall, nach kurzem, schwerem Leiden, mein lieber Gatte, unser Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der **Tischler**

Paul Glater

im Alter von 45 Jahren. 7474
Dies zeigt betrübt an
Breslau, Adlerstr. 7, den 21. Mai 1930

Martha Glater

geb. Kusche nebst Anverwandten

Einäscherung: Freitag, den 23. Mai, 15 Uhr, im Krematorium Breslau-Gräbschen.
Kranzspenden dankend verbeten.

Beim Geschirr-Reinigen hilft Henkel's



RAMSAY MACDONALD

SEIN großes Werk und SEIN Charakter

von M. HAMILTON
muß jeder politisch Interessierte gelesen haben

Das broschierte Exemplar, statt 6.00 **nur 1.25 RM.**
Halbheften, statt 8.00 **nur 3.50 RM.**

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau

Modernes Antiquariat
Kose Graupenstr. 5 • Friedr.-Wilh.-Str. 105 • Flurstr. 4

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Amerika

Ganzleinen 6.80 Mark
das Land der Wunder Leben-Technik-Arbeit schildert E. E. Kisch in seinem neuen Werk

Paradies Amerika

Zu beziehen durch die Volkswachtbuchhandlungen: Flurstr. 4/6, Friedr.-Wilh.-Str. 105, N. Graupenstr. 5



Gefund
frisch
Fisch



Zwei machen es richtig, einer macht es falsch!

Sagt dem Dritten, daß er in seiner Arbeitspause die „Volkswacht“ lesen soll!

Zurückgekehrt
Dr. Goldberger
Nervenarzt
Ring 19

Zurück
Dr. Kurt Wiene
Kantarzt
Bücherplatz 3, L.
11-11, 5-7.

Schlafzimmer
180 breit, Eiche
mit Nußbaum
Kompl. 750
Zahlungsverleibung
Nowiny, Weidenstr. 27/28

Die „Frauenwelt“
den Frauen zum Lesen
Denken und Schaffen

Frauenwelt
Eine Halbmonatszeitung
für die Frauen
des schaffenden Volkes
Preis 35 Pf.
Zu bestellen
bei all. Zeitungsblättern

Wohnungen

Leerzimmer

für Ehepaar mit
ge sucht, nicht über 20
monatlich, Offerten
Preisangabe unt. A. 2
an die Geschäftsstelle
Zeitung erbeten

Kleine Anzeigen

Sind tüchtig gelernt
politische Anzeigen von 20
taufen Kaufgeheuer an
nur von 100000
8 Wtenige, text 4 Wtenige

Wachstommode, Eiche,
welchem Marmor, unter
Vieladomosa, Stützstange

Ein Sportkleinwagen
Buppenwagen, gut erho
Rathhaustraße 82, pl.

In der
„Volkswacht“ haben
Stellen-Angebot
Infolge ihrer großen
breitend in Verbeten
treffen besten
Erfolg

Breslauer Nachrichten

Wie der Bürgerblock wart

10000 Mark für Pferderennen in den Notetat eingelegt... Bei den Beratungen im Haushaltsausschuss der Stadtverord-

Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung der 10000 Mark wurde abgelehnt. Der bürgerliche Pferdevorstand

Politische Erziehung der arbeitenden Jugend

Mit diesem Problem der politischen Jugend-erziehung beschäftigte sich eine von den Jungsozialisten

Ausgehend von der Tatsache, daß die gesellschaftliche Stellung der proletarischen Jugend im Laufe eines Jahrzehnts eine wesentliche

Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei ist es, die Jugend zu wecken

Der Bezirksvorstand... Der Kampf um die Jugend ist ein Kampf um die Zukunft

Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei ist es, die Jugend zu wecken

Der Kampf um die Jugend ist ein Kampf um die Zukunft... Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei

Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei ist es, die Jugend zu wecken

Der Kampf um die Jugend ist ein Kampf um die Zukunft... Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei

Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei ist es, die Jugend zu wecken

Opfer des Tonfilms

Gebrüder Hirschberg legen ihre sämtlichen Orchester auf die Strafe - Arbeitsgericht erkennt aber die teilweise Betriebsstilllegung nicht an, weil Tonfilm nur in einem Theater läuft

Die technisch-tonliche Vervollkommnung des Films macht nun auch in zunehmendem Maße die Kinomusiker überflüssig. Wie sich diese Entwicklung auswirkt, zeigte eine Verhandlung vor dem

Im Laufe der Verhandlung wurde von dem Vertreter des Deutschen Musikerverbandes, der die Kläger vertrat, berichtet, daß sich die Geschäftsleitung mit den Musikern ins

serie nur Tonfilme hergestellt werden. Sogar das Konkurrenzunternehmen in Breslau, die Schauburg A.G., hatten die Beklagten zu so einem Gutachten veranlaßt. Der Vertreter der Kläger

Nach vergeblichen Einigungsversuchen kam das Gericht zur Feststellung, daß eine teilweise Betriebsstilllegung zu verneinen sei, da nach den eigenen Erklärungen der Beklagten eine

Die Milchversorgung der Großstädte

In der Lebensmittelversorgung der Großstädte spielt die Milch eine besonders bedeutungsvolle Rolle. Ist sie doch infolge ihres Nährwertes bei einem im Verhältnis zu anderen vergleichbaren

Während nun die Beschaffung der Milch auf dem Lande, wo Produktions- und Verkaufsort nahe beieinander liegen, über häufig

Genossinnen und Genossen! Tragt bei zu einem guten Erfolge der Werbewoche vom 18. Mai bis 1. Juni.

Weitere Frauen- und Männerkreise gilt es für den Sozialismus und für unsere Partei zu gewinnen. Alle werden zur tätigen Mitarbeit in diesen zwei

Skrupellos schant der Bürgerblock den Großagrariern, den Besitzenden Hunderte von Millionen zu. Der breiten Masse aber wird doppelt und dreifach genommen.

Genossinnen! Genossen! Werkfähige Frauen und Männer! Sorgt für eine ganz große, geschlossene Kampffront.

Der Kampf um die Jugend ist ein Kampf um die Zukunft... Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei

Der Kampf um die Jugend ist ein Kampf um die Zukunft... Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei

Der Kampf um die Jugend ist ein Kampf um die Zukunft... Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei

Der Kampf um die Jugend ist ein Kampf um die Zukunft... Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei

Der Kampf um die Jugend ist ein Kampf um die Zukunft... Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei

Der Kampf um die Jugend ist ein Kampf um die Zukunft... Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei

Der Kampf um die Jugend ist ein Kampf um die Zukunft... Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei

Der Kampf um die Jugend ist ein Kampf um die Zukunft... Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei

Der Kampf um die Jugend ist ein Kampf um die Zukunft... Die nunmehrige Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei

geschicht, indem man die Entwicklung der das Verderben der Milch verursachenden Milchsäurebakterien durch Kälte hemmt.

Die Milch ist jedoch nicht nur ein guter Nährboden für harmlose Milchsäurebakterien, die höchstens wirtschaftliche Schäden durch schnelle Säuerung verursachen können, sondern unter Umständen

Weitere Schwierigkeiten entstehen daraus, daß es kaum ein zweites Lebensmittel gibt, das so leicht zu verfäulen ist, wie die Milch.

Eine erhebliche Schwierigkeit in der großstädtischen Milchversorgung entsteht ferner dadurch, daß die Milch infolge ihrer geringen Haltbarkeit nicht, wie die meisten anderen Lebensmittel,

Einen schwierigen Punkt der großstädtischen Milchversorgung bildet schließlich auch die Kleinhandlertfrage. Die Zeit des Großstädters ist knapp bemessen, er schätzt es nicht, weite Wege zu seinem Lebensmittelbedürfnis zu machen.

Nach dem Ausgeführten bestehen bei der großstädtischen Milchversorgung allenthalben Schwierigkeiten, deren Überwindung einen Aufwand von Mitteln, Arbeit und Kenntnissen erfordert.

Gräßlicher Selbstmord eines Realschülers

Von einem Bahnübergang auf einen laubenden Jag geplatzt

Einen außergewöhnlichen Entschluß, sein Leben zu beenden, hatte der 16jährige Realschüler Weichrich aus der Klosterstraße, den er gestern Abend gegen 21 Uhr in die Tat umsetzte.

Selbstmord. Ich denke seit Jahren, daß ich mich nicht mehr auf der Welt halten kann. Ich habe mich selbst getötet. Ich habe mich selbst getötet. Ich habe mich selbst getötet.

In dieser Woche:

Der große Reste

Verkauf

Weißer Fabrik- und Lagerreste
gute und beste Qualitäten

Wäschestoffe
Damaste / Wallis
Inletts / Handtücher
Tischtücher

Waschstoff- und Schürzen-Reste

Reste von Gardinen
Möbelstoffen / Läufern
Linoleum / Wachstuch

Morgen:

Mehrere tausend Meter angesammelte
*** Wäschesticker-Reste**

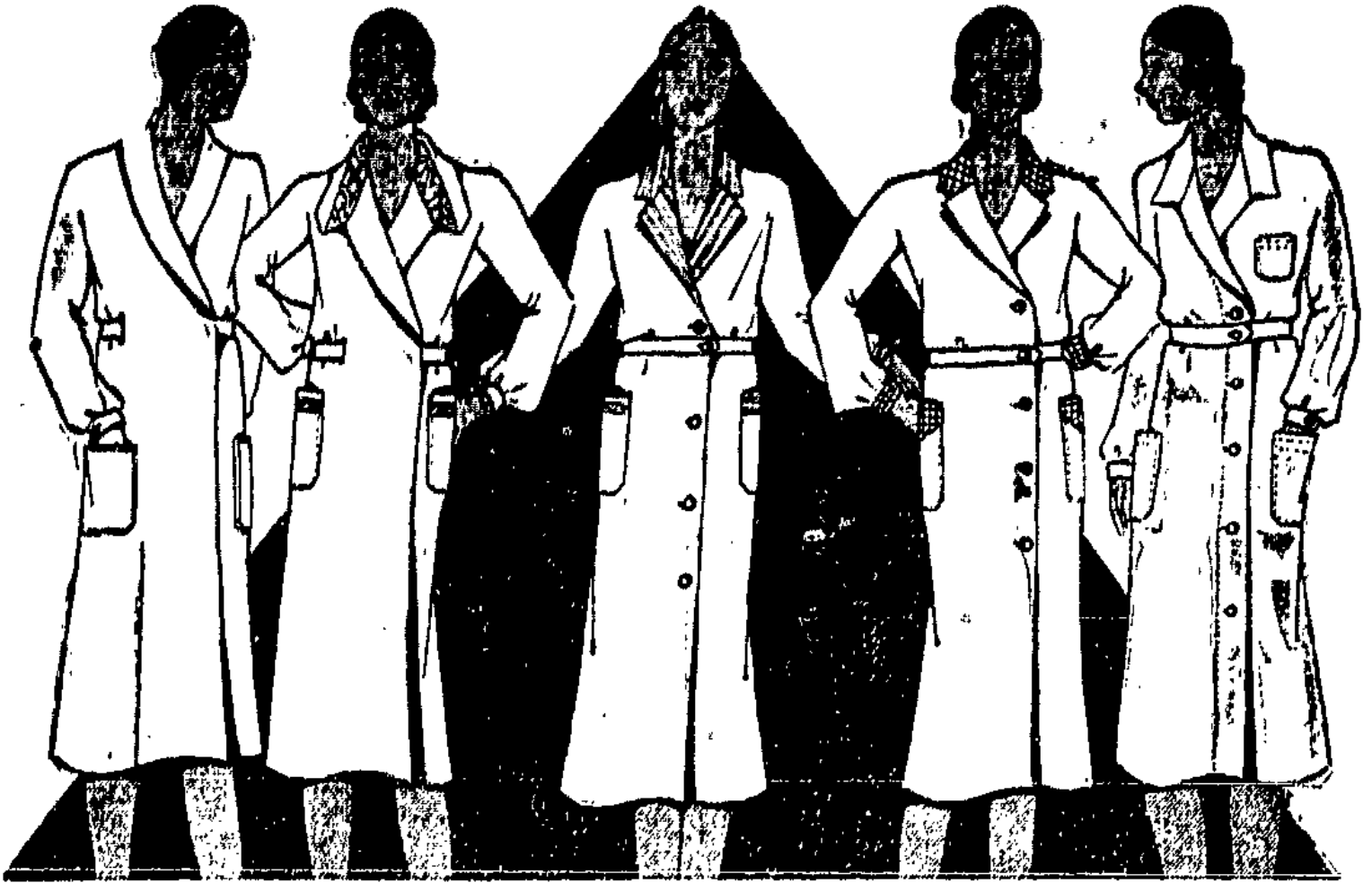
sehr schön ausgeführte, bis zu den besten Schweizer Qualitäten, feilettartige, Gitter- und Durchbrucharbeit, darunter sehr schöne breite Sticker, für Bett- und Leibwäsche vollkommen fehlerfrei
zirka 2-5 cm 6-8 cm
breit, im Rest br., i. Rest
Meter 25 **15** Pl. Meter 45 **35** Pl.

Zirka 1000 Stück
kleine weiße und bunte
*** Handtuchstoff-Reste**
geeignet für Wischtücher, Spültücher usw. darunter auch ganz gute halblein. Qualitäten, zum Ausschuchen, durchweg Stück 30, 15 **5** Pl.

Etwas ganz Besonderes!
2 Serien ungesäumte
*** Damast-Handtücher**
in ganz schweren halbleinenen Hausmacher-Qualitäten, in den Größen 48/100 bis 115 cm lang, mit kl. Schönheitsfehlern, z. Ausschuchen
Serie I Stück **42** Pl. Serie II Stück **56** Pl.

Kleines Quantum
bedruckte und bekubelte
Kochelleinen
**** Querbehänge**
Lambrequins
in kräftiger Qualität und verschiedenen schönen Ausführungen, für Fenster, Türen usw. geeignet, durchweg Stück **78** Pl.

* Verkauf im Parterre
** Verkauf in der II. Etage



Neuarige Haus- und Berufskittel. Kittel für Küche und Beruf

amerikanische Form, aus weißem soliden Linon . . .	3 ⁹⁵	aus unifarbig, Trachtenstoff, amerik. Form mit kunstseidenor Garnitur . . .	4 ⁹⁰	Verkauf im Lichthof und in der Schürzen-Abteilung	aus farbigem Zephir, mit bunter Beiderwand-Garnitur . . .	2 ⁹⁵	aus weißem Wäschestoff, auch aus unifarbigem Zephir . . .	2 ⁴⁵
--	-----------------	---	-----------------	--	---	-----------------	---	-----------------

Immer adrett!

Wir sind richtig angezogen, denn wir tragen zur Arbeit in Büro und Fabrik, in Haus und Garten das neue modische Schutzkleid. Wir sehen immer nett und ordentlich aus und haben keine Furcht, unsere guten Kleider zu verderben. Unsere Schutzkleider sind sehr nett und kleidsam. Folgen Sie unserem Rat und kaufen Sie sich für den Sommer auch solch ein bequemes und praktisches Arbeitskleid!

zum Ausschuchen auf **Extra-Tischen**

Jumper - Schürzen 1⁰⁰
verschiedene moderne Stoffarten, gute Qualitäten 1.50,

Haus- und Wirtschafts - Schürzen 2⁵⁰
große Formen, aus gutem Satin oder gestreiftem und unifarbigem Schürzenzeug, auch aus hübschen Trachtenstoffen, 3.50,

TIETZ

Breslau, Ohlauer Str. 71-73 + Tel. 56854

Stadt-Theater
(Opernhaus)
Mittwoch
20 bis 22,30 Uhr:
Abend-Vorstellung G 19
Moni Lisa
Donnerstag
19,30 bis gegen 23 Uhr:
zu Wagner's Geburtsstag:
Tannhäuser
u. der Sängerkrieg auf Wartburg
Freitag
20 bis nach 22,30 Uhr:
Abend-Vorstellung H 19
Die Schwalbe

Sobe-Theater
Telefon: 58747
Tägliche 20,15-22,30:
Der große Lustspielertag
Leinen aus Irland
Thalia-Theater
Mittwoch 20,15 (u. 10gl.)
Ensemble-Gastspiel
der Gruppe Junger
Schauspieler, Berlin
Sam. 1. Rate!
Cyankoll
Schauspiel 20,15
von 1915 bis 1917

Bücherei Volkswacht
Breslau, Ohlauer Str. 71-73

Schauspielhaus
Operettenbühne
Täglich 8 Uhr
Ino Wimmer / Trade Reiter
in dem großen
Hellerkeitserfolg
Er u. seine Schwester
Operettenschwank
v. Bernhard Buchbinder
Musik 1907
von Julius Einstelezer

Erholungsbedürftige!
Sommerfrische
bietet der Tagesaufenthalt im
waldigen, prächtigen
Erholungs-Park
Caro-Allee 27
Erdell. Ländl. 2. Gut. Vergnügen.

Der Wahre Jacob
Benediktinerisches
Witzbuch - Zu haben
in den Volkswacht-
Buchhandlungen und
bei den Zellungs-
Vägern

Luna-Park
Breslau-Morgenu
Straßenbahn-Verbindung bis zum Lunapark
Tel. 55604
Heute Mittwoch sowie täglich:
Konzert der Hans Sagerer-Kapelle
Anfang 5 Uhr - Eintritt 10 Pf.
Hans Sagerer mit Michel Holz - Leopold
Nimshaus spielen zum beliebten
Verkehrten BALL
Anfang 8 Uhr! Eintr. Dam. 30 Pf., Herr. 60 Pf.
Morgen Donnerstag: **Gr. Kinderfest**
Jedes Kind erhält ein Geschenk
Anfang 4 Uhr! Eintritt 10 Pf.
Abschließend: Familien-Kränzchen.

Bräuers Festsäle
Gabelstraße 22. 2008
Heute Mittwoch:
Der beliebte verkehrte Ball
Hans Kapelle : Hochbetrieb : Moderne Besetzung

Der schönste Aufenthalt für jeden Breslauer
Corsogarten Carlowitz
6 Morgen herrlicher Naturpark
Jeden Mittwoch,
Sonntag u. Sonntag **TANZ**
Saal zu Festlichkeiten zu vergeben!

Kurgarten Kleinburg
Täglich Garten-Freikonzert
Heute Mittwoch:
1. großes Kinderfest
Eintritt für Kinder 10 Pf. - Erwachsene 1. u. 2. Kapellen - Gr. Trachtenzug mit Vorantritt der Musikkapelle, Kladderplatt, Ballonstangen, Kaspertheater und andere Überraschungen
Jedes Kind erhält ein Geschenk.

43^{RM} nur kostet die für
Lehrkräfte Kopier
Stets die neuesten Schallplatten
bei
Teilzahlung
Opitz & Höhne
Breslau 15
Musikhaus

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse des Sprachschranken! Lerne die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

Christopher Addison:
Praktischer Sozialismus
Übersetzt und mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Hermann Kranold-Steinhaus.
Mk. 8.00
Volkswachtbuchhandlungen
Breslau
Neue Graupenstr. 6, Friedr.-Wilh.-Str. 108, Platz A

Nothnagel und sein Komplex

Familienfeier bei Birchhahn — Edith, geborene Zündeleisen, und ihre Vergangenheit Der ansteckende Vortamp

Vom Schöffengericht Berlin-Moabit wurde der Sekretär Nothnagel wegen Beleidigung einer Frau Gunkel zu einer Geldstrafe verurteilt.

Sekretär Nothnagel ist kein schlechtausehender Mann, seine Drossel hat keine besonderen Passionen, gilt als ein ganz guter Tropfen, und scheint in jeder Beziehung das zu sein, was man einen Normalmenschen auf mittlerer Linie zu nennen pflegt.

Munde... Derart präpariert, rief er mit Herrn Fridolin Gunkel, seinem erfolgreicheren Nebenbuhler, zusammen. Beide waren nicht mehr besonders sattelfest auf den Beinen, und mehr oder weniger ergriffen, aber man begrüßte sich vorerst in durchaus feierlicher und höflicher Weise.

In Moabit ist alles ganz anders. Da ist Herr Gunkel wieder ein stiller, etwas schläfriger Herr mit viel Phlegma, der Sekretär ein würdiger Normalmensch auf mittlerer Linie, und nur Frau Gunkel zeigt Spuren des Temperaments, das die beiden Männer beim Kampf um sie gezeigt haben.

Der Lübecker Totentanz

Die Zahl der am Calmette-Serum gestorbenen Lübecker Säuglinge beläuft sich auf 17, die Zahl der Erkrankten auf 33.

Rätselhafte Explosion in einem Steinbruch

Im Niederramstädter Steinbruch der Odenwälder Hartsteinindustrie ging, als die ganze Belegschaft noch im Bruch beschäftigt war, eine 45 schüssige Reihensprengladung los.

Wassereintritt im Bergwerk

Bei Sprengarbeiten in der Zeche Auguste Victoria in Hüls wurde eine Wasserader angeschlagen. Das Wasser ergoß sich in den Querschlag und gefährdete die Belegschaft der Sohlen.

Doppelmord aus Heiratswut

Im Umerwald bei Steyr (Oesterreich) erschloß der 29jährige Franz Haberfellner, Sohn eines kleinen Landwirts, seine 51jährige Mutter und verlor seinen 50jährigen Vater gleichfalls durch einen Schuß sehr schwer.

Gleitflieger Hirth nach Amerika

Wolf Hirth, der bekannte deutsche Gleitflieger und Gewinner des Hindenburg-Pokals, wird in den nächsten Wochen nach Amerika reisen, um dort das amerikanische Gleitflugwesen zu organisieren und auszubauen.

Die „Kralle“ unterm Fallbeil

Dieser Tage vollzog der französische Chefkammer Deibler in Marseille seine vierte Hinrichtung in diesem Jahre. Der Kopf eines der berühmtesten Banditen der Stadt am Mittelmeer, Fifi Guiffaud, genannt die „Kralle“, fiel unter dem Fallbeil.

Zynhus auf einem französischen Passagierdampfer

Am Bord des heute aus Buenos Aires in St. Nazaire eingetroffenen französischen Passagierdampfers „Lutetia“ sollen sich nach dem „Matin“, sechs typhuskranke Mitglieber der Besatzung befinden.

Hochzeitsfeier mit Autokatastrophe

Einen tragischen Abbruch fand in einem Dorfe in der Bretagne eine Kiefernhochzeitsfeier, bei der gleichzeitig die Beschichtung eines jungen Paars, die silberne Hochzeit der Eltern der Braut und die goldene Hochzeit der Großeltern der Braut festlich begangen wurden.

Eine Stadt von 300 Bürgern verklagt

Gestern begann in Lyon (Frankreich) ein Kiefernprozeß, in dem die Stadt der Hauptangeklagte ist. Sie ist von 3000 ihrer Bürger angeklagt, den Gesamtbetrag von 50 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen.

Verhaftungen wegen des Brandes in Zatacsi

Im Verlauf der Untersuchung über den Kiefernbrand in Zatacsi (Ungarn) wurden gestern zwei Männer und eine Frau verhaftet, weil sie im Verdacht stehen, ihre Häuser, die sie erst vor kurzem versichern ließen, in Brand gesetzt zu haben.

Die Vernichtung des Dorfes Litakan

Zu der Verhüttung des Dorfes Litakan in Mittel-Java wird ergänzend gemeldet, daß es sich augenscheinlich nicht um einen Vulkanausbruch, sondern um einen Erdstöß handelt, der durch die heftigen Niederschläge der letzten Tage hervorgerufen wurde.

Unwetter in Nord-Italien

Aus ganz Nord-Italien werden große Stürme, Hagelschläge und wolkenbruchartiger Regen gemeldet. Der Schiffsverkehr auf der Lagune von Venedig war gestern durch den Sturm fast unterbrochen.

Wirbelschnee in Amerika

Ein Wirbelschnee, der am Sonntagabend den nördlichen Teil von Arkanjas heimlich, führte, führte Ende von 17 Personen und zur Verletzung von rund 100 Menschen. Im Staates von Provinz wurde durch Wellenbrüche riesiger Schneehaufen gerichtet.

Der Pfarrer und die „Blutshande“

Der Potsdamer Sittenprozeß wird kaum vor Mitte nächster Woche beendet sein. So sehr sich auch die Staatsanwaltschaft bemüht, die Entlastungszeugen in die Enge zu treiben, so verchiebt das Bild doch mehr und mehr zugunsten des Angeklagten.

Sehr interessant gestaltete sich die Vernehmung einer in Mexermietern aus Fürttenwalde, bei der die kleine Frenznel verschiedentlich in ihren Sommerferien gewohnt hat. Gertrud hatte in allen Einzelheiten eine Szene geschildert, der eines Nachts, genau um 12 Uhr, ihr Vater in ihr Bett kroch und sie zum ersten Male vergewaltigt hätte.

einem im Privatgespräch: „Gertrud hat sich mit ihren Lügen verurteilt, hat wohl auch Angst vor dem Pfarrer und kann nicht mehr zurück.“ In Wirklichkeit ist die Sache viel tragischer: Gertrud glaubt selbsten an das, was sie lügt.

Lustmord?

An der Rheinfähre bei Weisenthurn wurde Sonntag abend die Leiche eines fünfjährigen Kindes gefunden; der Kopf, beide Arme und Beine fehlten. Anscheinend ist an dem Kinde ein Lustmord verübt worden. Die Herkunft und der Name des Kindes sind noch nicht bekannt.

Zeppelins Südamerikaflug

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist gestern vormittag 9.30 Uhr mitteleuropäischer Zeit in Sevilla zu seiner Südamerika-Fahrt aufgebrochen. An Bord befinden sich 19 Passagiere. Der Start erfolgte bei herrlichem Wetter. Das Luftschiff entschwand nach kurzer Zeit in südlicher Richtung den Wälden.

Im Mittelpunkt der Räumung der dritten Zone



steht die Stadt... wo der Abtransport der Besatzungstruppen noch in dieser Woche begonnen werden soll.

Verbandsstag des F. D. A.

Paul Herz spricht über Wirtschaftsentwicklung und öffentliche Belastung

Stuttgart, 20. Mai. (Glg. Drahtbericht.)

Auf dem Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten in Stuttgart berichtete am Dienstag Reichstagsabgeordneter Dr. Paul Herz über "Wirtschaftsentwicklung und öffentliche Belastung."

Herz führte aus, daß nicht die Höhe der öffentlichen Abgaben den verhängnisvollen Einfluß auf die Entwicklung der Wirtschaft habe, sondern der Abgabemangel. Deshalb sei der Sturm, der in erster Linie gegen die Sozialabgaben geführt werde, durchaus unangebracht; denn diese Abgaben bedeuteten keine Belastung der Wirtschaft, sondern nur eine Verlesung des Volkseinkommens, durch die die Kaufkraft der Massen aufrechterhalten werde. So wenig man die Gesamtsteuerlast vorwiegend durch Besteuerungen ausbringen könne, so wenig seien die Verbrauchssteuern ungeschminkt zu erhöhen, denn nicht nur die reichen Leute bilden Kapital, sondern auch die Förderung der Sparfähigkeit der breiten Masse und die Schonung der Wirtschaft der öffentlichen Hand wirken kapitalbildend. — Der Redner schloß mit der Feststellung, daß die Neuordnung der Wirtschafts- und Finanzpolitik Deutschlands allein dem Ziel zu dienen habe, die Gesamtwirtschaft und die auskömmliche Existenz der von ihrer Arbeitskraft lebenden Menschen zu heben und zu stärken.

Reichs-Schröder beschäftigte sich in seinem Vortrag mit dem Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und wies darauf hin, daß die Pflege der Arbeitskraft keine Gefühlsfrage sei, sondern eine Wirtschaftsnachfrage. Sie erhöhe die Leistungsfähigkeit und fördere dadurch die Schaffung von neuen Werten. Das bedinge Sicherung der Arbeitskraft in Form von Verbesserung und Fürsorge. Dadurch ergebe sich die Notwendigkeit einer aktiven Lohnpolitik durch Ausbau und entsprechende Handhabung des Schlichtungswesens und des Tarifrechtes, eines umfassenden Arbeitslosen-schutzes, einer sozialen Regulierung des Arbeitsmarktes durch Einführung des Melde- und Benutzungszwanges, des Schutzes der Angestellten gegen die Willkür der Unternehmer, von Fällen der Kündigung und Entlassung. Die Erscheinung der Doppelverdiener dürfe nicht im Kampf gegen die Erwerbsarbeit der Frau mißbraucht werden.

Die neuen Satzungen, die u. a. eine nach sozialen Gesichtspunkten gezielte Beitragserhöhung vorsehen, wurden mit großer Mehrheit angenommen. Dazu betonte Urban, daß eine ähnliche Beitragserhöhung in Berlin dem Verband keinerlei Abbruch getan habe. Auch die vorgesehene Pensionenkassenordnung erhielt die Zustimmung der Delegierten.

Die Vorstandswahlen ergaben: Vorsitzender wurde Otto Urban, Kassierer Emil Wucher, Sekretäre Hugo Brandt, Fritz Schröder, Otto Hauscherr, Fritz Rogon; Redakteure Kurt Udo und Joseph Aman.

Der Kampf um den Sozialetat

Die Beratungen des Haushaltsausschusses sind jetzt infolge der starken Zurückhaltung der bürgerlichen Parteien im Einklang gekommen. Kein Wunder, wenn bedeutungsvolle Streitfragen in der Beratungsjagd untergingen. Sigtigkeit geht meist auf Kosten der Richtigkeit. Soll das Einkommen nun auch bei der Beratung des Sozialetzes, die am Mittwoch beginnt, beibehalten werden? Eine gründliche Aussprache ist dringend notwendig, denn die vorgesehenen Kürzungen im Sozialetat können von der Sozialdemokratie nicht lang- und klanglos hingenommen werden.

Im Mittelpunkt der Erörterungen werden fünf Hauptkampfbilder stehen: Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, werkschaffende Arbeitslosen-fürsorge, Invalidenversicherung und Familienwochenhilfe. Daß ein Reichszuschuß an die Reichsanstalt in Höhe von 150 Millionen und ein Restposten von 80 Millionen für die Finanzierung des Arbeitslosen-schutzes nicht genügen, ist längst klar, da nicht damit zu rechnen ist, daß der Stand der Arbeitslosigkeit sich auf einem Jahresdurchschnitt von 12 Millionen halten wird. Die 150 Millionen Zuschuß sind zu wenig, und die 80 Millionen Restposten sind keine Realität; denn 30 Millionen davon sind von dem Aufkommen aus der Lohnsteuer abhängig, soweit es den Betrag von 1425 Millionen übersteigt. Ob aber das Lohnsteueraufkommen 1930 auch nur diese Summe erbringt, ist mehr als zweifelhaft.

Für die Krankenfürsorge sind im Etat 150 Millionen Mark vorgesehen. Sie reichen bestenfalls für eine Unterfütterung von 200 000 Erwerbslosen. Diese Zahl ist durch die Entwertung auf dem Arbeitsmarkt längst überholt. Auch der Anlag für die werkschaffende Arbeitslosen-fürsorge im Betrag von 55 Millionen Mark genügt nicht, um auch nur die begrenzten Notstandsarbeiten fortzuführen. Für den Landarbeiterwohnungs-bau, dessen Förderung auch aus diesem Betrag erfolgen soll, stehen nur noch ganz geringfügige Mittel zur Verfügung.

Ebenso unklar sind die Anlässe für die Finanzhilfe zu Gunsten der Invalidenversicherung. Im vergangenen Jahre hatten sich die Regierungsparteien darauf geeinigt, die Verzinsung in der Form durchzuführen, daß von dem Lohnsteueraufkommen, soweit es 1 000 Millionen übersteigt, 75 Millionen an die Invalidenversicherung, und der Rest an die Invalidenversicherung gezahlt werden solle. Im Etat 1930 wird nun die Zahlung an die Invalidenversicherung aus dem Lohnsteueraufkommen auf 50 Millionen beschränkt. An sich besteht zwar die Möglichkeit, daß die Invalidenversicherung noch etwas mehr aus der Lohnsteuer erhält, das wird aber nur dann der Fall sein, wenn das Lohnsteueraufkommen 1 450 Millionen übersteigt. Praktisch dürfte das in diesem Jahre kaum eintreten. Dazu kommt denn noch die Halbierung der für die Invalidenversicherung vorgesehenen 40 Millionen aus der Sozialabgabe. Die Sozialabgabe wird beantragt, daß diese Verringerung nicht durchgeführt werden soll.

Der Antrag für den Reichszuschuß zur Familienwochenhilfe ist im Sozialetat von 20 auf 15 Millionen vermindert worden. Da der Reichszuschuß zur Familienwochenhilfe, die bisher 40 Millionen betrug, nun nur noch 15 Millionen beträgt, so ist der Reichszuschuß zur Familienwochenhilfe von 25 auf 10 Millionen vermindert worden. Das ist ein Verlust von 15 Millionen für die Familienwochenhilfe.

Reichszuschuß soll von den Krankenkassen getragen werden. Auch hier will die Sozialdemokratie einen Antrag zur Verringerung der Kürzung einbringen. Die Zahlung der Zuschüsse zur Familienwochenhilfe aus dem Reichsetat muß in der vollen hierfür erforderlichen Höhe sichergestellt werden.

Für die Sozialdemokratie kommt es jetzt vor allem darauf an, bei der Beratung dieses Etats den geplanten Abbau der sozialpolitischen Reichshilfe zu verhindern.

Der Haushalt des Internationalen Arbeitsamtes für das Jahr 1930

beträgt 8 1/2 Millionen Goldfranken. Angesichts gewisser Bestrebungen, den Haushalt des Internationalen Arbeitsamtes einzuschränken, darf gesagt werden, daß die Aufwendungen der einzelnen Länder für die internationale Sozialpolitik geradezu unerheblich sind, wenn man berücksichtigt, daß zu B. in Deutschland auf 100 Goldfranken des Gesamthaushalts 0,5 Centimes auf das Internationale Arbeitsamt entfallen. Für Australien beläuft sich dieser Satz auf 1,1 Cent, für Frankreich auf 0,7 Cent, für Großbritannien auf 0,4 Cent, für Italien auf 0,9 Cent und für Japan auf 1,1 Cent. Der britische Beitrag für das Internationale Arbeitsamt beläuft sich zurzeit auf 34 000 Pfund jährlich, d. h. die Aufwendungen Großbritanniens für das Internationale Arbeitsamt sind nicht so hoch wie die Durchführungskosten des britischen Arbeitsministeriums, die sich auf 36 000 Pfund jährlich belaufen.

Wenn die Internationale Arbeitsorganisation ihren wachsenden Aufgaben gerecht werden will, darf ihr Etat nicht durch einschränkende Maßnahmen gefährdet werden. Dieser Notwendigkeit hat die 12. Internationale Arbeitskonferenz durch die Annahme einer Entschließung Rechnung getragen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Lösung von sozialpolitischen Fragen in internationalem Ausmaß in den letzten 10 Jahren immer dringender hervorgetreten ist und daß sich die Aufgaben der Internationalen Arbeitsorganisation und des Internationalen Arbeitsamtes in gleichem Maße erweitert haben. Aus diesem Grunde möge der Verwaltungsrat die Mitgliedsstaaten auf die Bedeutung des seit der Gründung der Organisation erreichten Ergebnisses hinweisen und sie von der Zweckmäßigkeit überzeugen, den künftigen Ausbau der Organisation durch die Bereitstellung der jeweils erforderlichen Mittel zu fördern.

Tariffbewegungen des Deutschen Landarbeiterverbandes im Jahre 1929

Der Deutsche Landarbeiterverband hat im Jahre 1929 rund 200 Tariffbewegungen durchführen müssen. 150 Fälle betrafen ausschließlich Lohnangelegenheiten. Der Erfolg war in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse des vergangenen Jahres befriedigend. Für die an den Bewegungen beteiligten männlichen Personen konnte der Lohn pro Mann und Woche um 98 Pfennige, für die Frauen um 1,17 Mark je Woche erhöht werden. Die abgeschlossenen Tarife ertrugen sich über 286 698 Betriebe mit 1 259 087 männlichen und 785 277 weiblichen Beschäftigten. Der Verband hat zur Durchführung der Bewegungen 184 799 Mark aufwenden müssen.

Die Jahresgeneralversammlung des Breslauer Bauwerksbundes

vom 30. März nahm den Jahres- und Jahreslassenbericht durch die Kollegen Meise und Jünckle entgegen. Es zeigte sich, daß auch im Krisenjahre 1929 die Organisation in der Aufwärtsbewegung begriffen war. Die Mitgliederzahl ist gestiegen; die einzelnen Fachgruppen mit ihren für sich laufenden Tariffverträgen haben ebenfalls Fortschritte zu verzeichnen; die Lohn-erhöhungen bewegten sich hauptsächlich zwischen 4 und 8 Prozent.

Die neue Aufwertung

Die Zinshöhe noch unstritten

Der Gesetzentwurf, der über das Schicksal der Aufwertungshypotheken nach dem 1. Januar 1932 entscheiden soll, ist endlich vom Reichskabinett verabschiedet und dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zugeleitet worden. Er bringt gegenüber dem, was über die Absichten des Reichsjustizministeriums bereits bekannt wurde, keine besonderen Veränderungen. Seine wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Soweit Aufwertungshypotheken nach dem 1. Januar 1932 noch laufen werden, sind sie zu einem Satz zu verzinzen, den die Reichsregierung bei Inkrafttreten des Gesetzes bestimmen wird. Der § 1119 des Bürgerlichen Gesetzbuches (wonach Erhöhungen des Zinsfußes über 5 Prozent der Zustimmung der im Rang nachgeordneten Gläubiger bedürfen), der bisher Vereinbarungen zwischen Schuldner und Gläubigern der Aufwertungshypotheken für die Zeit nach dem 1. Januar 1932 im Wege stand, wird durch die Bestimmung aufgehoben, daß die Mehrzinsen den Rang der Aufwertungshypothek behalten, auch wenn sie vor dem 1. Januar 1932 vereinbart werden. Die Kündigung der Aufwertungshypothek für die Zeit ab 1. Januar 1932 darf nach dem Gesetzentwurf vom Gläubiger aus nur mit Jahresfrist erfolgen, wenn Schuldner aus mit Jahresfrist.

Die wichtigste Bestimmung betrifft die Frage der Zahlungsverzinsung (Moratorium). Darüber wird gesagt, daß der Schuldner bei der Aufwertungshypothek um eine Fristverzinsung für die Rückzahlung der Hypothek über den 1. Januar 1932 hinaus nachsuchen kann. Die Aufwertungshypothek darf die Fristverzinsung nur unter zwei Gesichtspunkten anfordern: 1. daß die Fristverzinsung nur bewilligt werden, wenn der Schuldner nicht über die nötigen Mittel verfügt und „auch nicht in der Lage ist, sie zu beschaffen zu verzeichnen, die ihm billigerweise zugemessen werden können.“ Es heißt im Entwurf weiter, daß die Zahlungsverzinsung nicht bewilligt werden soll, wenn der Schuldner die nötigen Mittel zu beschaffen verzeichnen kann, die für die Zahlungsverzinsung notwendig sind. Es heißt im Entwurf weiter, daß die Zahlungsverzinsung nur bewilligt werden soll, wenn der Schuldner die nötigen Mittel zu beschaffen verzeichnen kann, die für die Zahlungsverzinsung notwendig sind. Es heißt im Entwurf weiter, daß die Zahlungsverzinsung nur bewilligt werden soll, wenn der Schuldner die nötigen Mittel zu beschaffen verzeichnen kann, die für die Zahlungsverzinsung notwendig sind.

und die lebhaften Proteste ergab trotz kritischer Einflüsse diesen und jenen Fragen, die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. An der Versammlung hatten vom Bundesvorstand die Kollegen Bernhardt und Scheibel teilgenommen und konnten sich selbst ein Bild von der sogenannten Gewerkschaftsopposition machen.

Am 15. dieses Monats fand die Vierteljahres-Versammlung statt. Kollege Jünckle gab den Kassenbericht für das erste Quartal 1930, der in der Einnahme mit 338 835,21 Mark und in der Ausgabe mit 138 061,14 Mark abschloß und einen Kassenbestand von 205 784,07 aufzeigte. Die Mitgliederbewegung hatte sich stabil erhalten. In der Aussprache, die sehr lebhaft war, wurde der Kassenbericht Entschlossenheit erteilt und einem Antrag zugestimmt, die in den Sozialen Bau betrieblen investierten Kapitalien nur noch im Kassenbuch, ohne rein buchmäßig, weiterzuführen. Kollege Meise sowie Kollege K und t gaben einige kurze Berichte über die verschiedenen Tarifvertrags-Verhandlungen. Unter anderem gab Kollege Meise einen Bericht über die Versuche der Maurer- und Zimmerer-Vereinigungen, Innungsstrafen ins Leben zu rufen, und damit der den Unternehmern verhafteten Einwirkung der freien Gewerkschaftsbewegung auf die geschäftliche Führung der Innungsstrafen Einhalt zu bieten. Es wurde auch hier nach eingehender Aussprache verlangt, daß der Versuch gemacht werden müsse, mit Kassen, die unter die R.A.O. fallen, Beiträge abzuschießen, um nicht in die Lage zu kommen, den eintreffenden Innungsstrafen anheimzufallen. Das Produkt der Aussprache war eine Entschließung, die einstimmig angenommen wurde und folgenden Wortlaut hat:

„Die Vertreterversammlung des Bauwerksbundes am 15. Mai 1930 erhebt ganz entschiedenen Einspruch gegen die Gründung von Innungsstrafen für das Bauwerk. Die Erfahrungen, die bisher mit diesen Kassen in anderen Teilen Deutschlands gemacht worden sind, beweisen, daß die Lebensfähigkeit immer in Frage gestellt ist. Die Mitglieder über die nach der R.A.O. gegebenen Regelleistungen hinaus zugehen, ist bisher immer nur in großen Ortschaften möglich gewesen. Der Bauarbeiter, der gezwungen ist, im Jahre lundts oft seinen Arbeitgeber zu wechseln, wird auf einer Kasse in die andere gezwungen. Dadurch entstehen ihm für seine Anwartschaft andauernd Schwierigkeiten, denn bekanntlich sind bei weitem nicht alle Bauunternehmungen Mitglieder der Innung und somit nicht angeschlossen der Innungsstrafenkasse. Die Rechte der Mitglieder werden nicht nur auf diese Weise stark beschnitten, sondern auch in der Art der Verteilung. Es wird unbedingt verlangt, daß die Versicherungsinstanzen als auch die Regierung bei der Beurteilung sich die Ansicht derer bemühen, die eigentlich erst die Grundbedingung für solche Gebilde abgeben müssen, und das sind nun mal die Bauarbeiter, bzw. deren Vertretungen, zumal auch die Gefellenausschüsse einmütig gegen die Gründung von Innungsstrafeninstanzen stimmen.“

Diese Entschließung soll in geeigneter Weise den Behörden übermittelt werden.

Ferner wurde der Vorstand von der Versammlung einstimmig beauftragt, die geeigneten Schritte gegen das Vorgehen der Innungsunternehmer einzuleiten.

Ein Zwischenbericht des Kollegen K und t über eine Sitzung mit der hiesigen S.A.G. über Arbeitsbeschaffung wurde vorläufig nicht diskutiert, sondern die weiteren Maßnahmen abgewartet. Ein weiterer Bericht des Kollegen K und t über die Klage gegen den ehemaligen Kassierer-HabeL der K und t der Unterschlagung bezüchtigte, brachte zum Ausdruck, daß wegen dieser Unterstellungen HabeL wegen Verleumdung mit 50 Mark Geldstrafe oder zehn Tagen Haft und Veröffentlichung des Urteils vierzehn Tage lang am schwarzen Brett am Arbeitsgericht verurteilt wurde. Am Arbeitsgericht war nämlich die Verleumdung gefallen.

Es wurde wie so oft schon in den maßgebenden Versammlungen lebhaftes Verwundern im übrigen darüber ausgesprochen, daß eine maßgebende Vertretung der freien Bauarbeiterverbände in den Deputationen der Stadt Breslau, hauptsächlich in der Baudeputation, nicht besteht. Der hiesige Bauarbeiterverband hat seinen ersten Bevollmächtigten in der hiesigen Baudeputation sitzen. Dieser Verband zählt kaum einige Hundert Mitglieder. Dort sind außerdem noch Zimmerer und Maler organisiert, während der Bauwerksbund ohne die Zimmerer und Maler allein fast 9000 Mitglieder zählt.

torium spätestens nach drei Jahren abläuft. Ursprünglich waren fünf Jahre vorgesehen.

Mit dem Grundgedanken des Gesetzentwurfes wird man im großen und ganzen unter einer Voraussetzung einverstanden erklären können, daß der Zinsfuß für die Aufwertungshypotheken für die Zeit ab 1932 im Verhältnis zu den jetzt bestehenden Hypothekenzinssätzen möglichst hoch festgesetzt wird. Grundätzlich kann es nämlich keinesfalls gebilligt werden, daß die durch die Inflation und die Aufwertungsgeldgebung ohnehin in unerträglicher Weise bevorzugten Schuldner 8 Jahre nach der Beendigung der Inflation noch weiter „geschützt“ und die Gläubiger um ihre Ansprüche noch weiter vertriebt werden. Deshalb ist anzustreben, daß das Moratorium nur auf wenige Ausnahmefälle beschränkt wird, im übrigen aber freiwillige Vereinbarungen über die Rückzahlung der Aufwertungshypotheken zwischen Gläubigern und Schuldner getroffen werden. Dieses Ziel wird aber nur erreicht werden können, wenn der gesetzliche Zinsfuß, den die Reichsregierung zu bestimmen hat, so hoch ist, daß er einen genügenden Anreiz zu freiwilligen Vereinbarungen zwischen Schuldner und Gläubigern oder einer sonstigen Neuorganisation der Hypothekenschulden schafft und daß er dem Schuldner jeden Anreiz nimmt, eine Fristverzinsung zu beantragen, außer in den Fällen, wo er wirklich keine Erlöse als Gläubiger zu erträglichen Bedingungen finden kann. Über die Frage der Zinshöhe wird also noch Klarheit geschaffen werden müssen, ehe dieser Entwurf Gesetz werden kann.

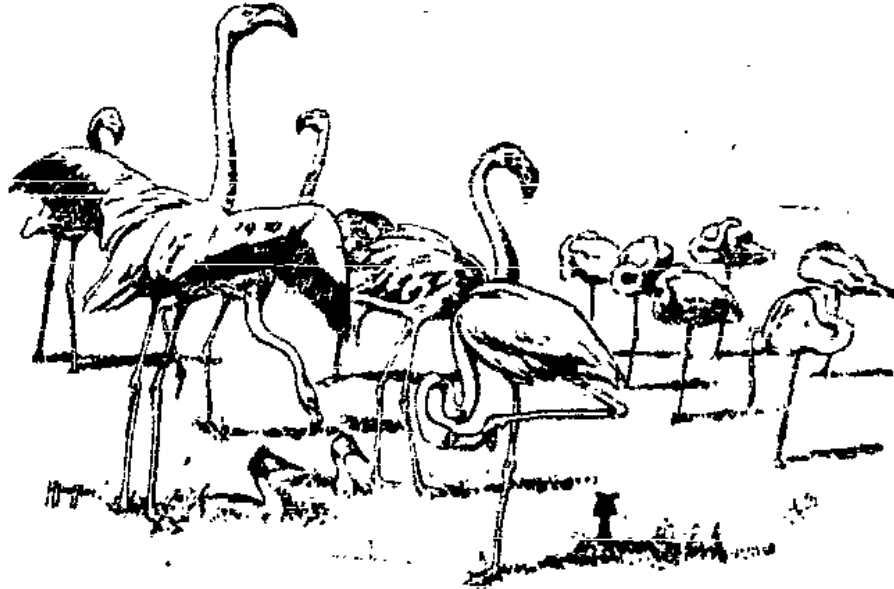
Weiterhin muß bemerkt werden, daß der Gesetzentwurf nur für die Aufwertungshypotheken eine Neuorganisation bringt, nicht für die Aufwertungshypotheken. Nun ist zwar der Betrag der noch umlaufenden Aufwertungshypotheken im Verhältnis zu den Aufwertungshypotheken minimal (20 bis 300 Millionen Mark Aufwertungshypotheken gegenüber 5 bis 6 Milliarden Aufwertungshypotheken). Das ist aber kein Grund, um die Aufwertungshypotheken, die ohnehin schon vollständig liquidiert weggenommen sind als die Aufwertungshypothekengläubiger, noch einmal aufs schwerste zu benachteiligen. Es ist unbedingt zu verlangen, daß die Geltung des neuen Aufwertungsgesetzes hinsichtlich auch auf die Aufwertungshypotheken ausgedehnt wird. Denn man kann nicht behaupten, daß die großen Industrieunternehmungen, die als Obligationenschuldner in Frage kommen, heute schon zahlungsfähig sind als Landwirte und Bauern, und daß sie deshalb auch nach dem 1. Januar 1932 des Schutzes der Kreditgeber bedürftig sind.

Unser Zoo

Unser Zoo, der Breslauer Zoologische Garten, ist ein wenig Stiefkind der öffentlichen Meinung, ebenso wie der öffentlichen Körperschaften. Er liegt nicht wie in Berlin — was neben Vorzügen auch recht erhebliche Nachteile hat — im Brennpunkt des öffentlichen Verkehrs und seine Wertung bleibt oftmals weit hinter dem zurück, was sonst gemeinhin in Schlessen an Interesse für kulturelle Einrichtungen festzustellen ist. So fließt auch der Strom der anderwärts reichlich gegebenen Subventionen — man denke nur an die Umstellung der sogenannten vorgeschichtlichen Denkmalspflege, die im Provinzialhaushalt mit 73 000 Mark zu Buche steht — hier nur mager; der Zoo lebt im wesentlichen von Spenden, fast nur im Sommer fließenden, Einnahmen an Eintrittsgeldern. Ein größeres Interesse der Allgemeinheit würde jedoch ebenso zu rechtfertigen sein, wie das Schlessen neuerdings erachtende Problem, ob für einen sehr begrenzten Teil der Breslauer Bürgerschaft und noch begrenzteren Teil der niederschlesischen Bevölkerung außerhalb der Hauptstadt mit reichlicher Zubehörs an Steuermitteln der Kunstgenüsse der Oper erhalten bleiben kann. Man kann natürlich den Zoo nicht mit der Oper vergleichen, aber man kann feststellen, daß hier ein kulturell bedeutsamer Faktor der beiden schlesischen Provinzen vorhanden, unterhaltungsbedürftig und ausbaufähig ist, daß auch in unseren Kreisen der Zoo nicht durchweg die Beachtung findet, die er verdient und die Möglichkeit verbilligten Besuchs für Organisationen viel zu wenig in Anspruch genommen wird.

Ja, was gibt es denn doch eigentlich zu sehen? — das ist die Frage, die einer solchen Betrachtung unweigerlich folgt. Nun, es gibt eine ganze Menge zu sehen; je nachdem wie man sieht, was man sehen will. Im Vordergrund steht das naturgemäß für den Besucher lebendigste Bild, die faszinierende Wirklichkeit eines wesentlichen Ausschnitts der Naturkunde, die uns Bewohnern gemäßigter und zivilisierter Breitengrade sonst nur abstrakt, bildlich und darum uninteressanter Form zugänglich ist. Man sieht also, daß ein Kameel wirklich wie ein „Kamel“, dumm und gutmütig dreinschaut, daß Prairie-Wölfe nicht nur in Indianermänteln vorzukommen, sondern nette, freundliche Hundetiere, die sich übrigens in Schlessen in erstaunlichem Ausmaß fortpflanzen, daß Seewalzen nicht nur Zirkusattraktion sind, die im Wasser mit ebenso

Dafür führen sie fabelhafte Equilibristik vor. Da schwingt sich ein kleiner Rhinoceros mit einer Hinter- und einer Vorderhand im Gesänge und verucht, den langen Schwanz einer schwarzen Meerlase als Kletterstiel zu benutzen; dort zeigen Orang-Utan und Schimpfanzie, daß sie auch Affen sind. Ein Pavian sieht wie ein indischer Tempelwächler mit diesen Sorgenfalten im Gesicht am Boden, während in einem anderen Käfig eine auf wenige Quadratcentimeter zusammengedrückte Affenversammlung tagt und der schwarze Mohrenmaler geistlich den Begriff seiner Heimat Madagaskar verkörpert. Aber die Entwicklungsgeschichte hat ihre interessantesten Vertreter gar nicht im Vffenhäus. Das Kolo-Kolo aus Mexiko ist beispielsweise viel interessanter; ein Wassertier mit Kiemenatmung, das



„Wie in Tunis“ — auf der Flamingowiese

durch Fütterung mit Schilddrüsen von Säugetieren oder Jodpräparaten zu einem Landtier mit Lungenatmung wird, zeigt wie ungeschwer der Weg vom Wasser zum Landtier ist. Von historischer Größe, ein Zeuge vergangener Jahrtausende, ist das Wiesel, von dem es nur noch wenige Exemplare überhaupt gibt. Im Dächhäuterhaus haben Elefant und Nilpferd dem Ameisenbär Gastfreundschaft eingeräumt. Der Ameisenbär ist ein überaus kultiges Tier; er nährt sich von den Larven einer bestimmten tropischen Ameisenart, den Termiten, deren große feste Bauten er mit seinen starken Krallen auseinanderreißt. Bei dieser Ernährungsart ist die Schnauze dieses Tieres schnabelartig verlängert und die Haut darüber zusammengewachsen; aus einem kleinen zahnlösen Mund kommt eine ewig lange runde und flebrige Zunge. Aber schließliche Ameisen sind keine südamerikanischen Termiten und sein Speisetzettel macht weit mehr Sorgen wie das austreichend und doch sparsame Elefantenmännchen. Der Ameisenbär, der sich in müßiger Ruhepause wie ein Wajha mit einem riesigen Fächer, seinem Schwanz, zudeckt, bekommt außer Milch mit Eiern neuerdings Egerlinge, bei deren Verfütterung ihm dann Fleisch sozusagen untergeschoben wird. Auf diese Weise hofft man, ihn aus seinem matten Zustande, in dem er nach der langen Seereise ankam, wieder zu Kräften zu bringen. So eine Ameisenbärfütterung ist unterhaltlich, man muß nur aufpassen, daß er einen nicht plötzlich zutraulich mit der flebrigen Zunge auf Termitenlarven untersucht oder mit den kleinen, aber überaus kräftigen Vorderpranken brüderlich umfaßt.

Es gibt auch soziale Unterhaltliche im Zoo; es gibt aristokratische Tiere, deren Leben in Schönheit vergeht, wie das der Zebra oder der wunderschön feingliedrige und zutunlichste Nilgaurantilopen; die bodig im Felsgeleit leben wie die Steinböcke, die sich faulig im Nischplamm wälzen wie Nilpferde, die Rentkälber, Krokodile und gesträgige Schlangen, die gleich abligen Schloßherren des Mittelalters im Busche klettern wie die großen Raubkätzchen oder aristokratisch durch den Sumpf der niederen Welt schreiten wie die stets dekorativ verkleidungen Flamingos. Und es gibt proletarische Tiere; die Kamele, die gleich orientalischen Lastenträger gleichmäßig die Last ihres Lebens tragen, und ebenso wie der afrikanische Haussejdel und das spuckende aber gebührende Lama aus den südamerikanischen Anden, in seiner Heimat zum unentbehrlichen Inventar menschlicher Gemeinschaft dient. Das sind die Prole-



Im Reh-Gehege

tarier des Tierreichs; sie müssen nützlich und arbeitsam, sozusagen mehrwertzeugend sein und zum mindesten, wie Merinos, Schaf und die schwarzen Heidschnucken aus der Lindeburger Heide, Wolle tragen. Im Zoo allerdings sind sie hiernon entbunden; hier führen sie ein behagliches Rentnerdasein, ebenso wie die fleischen Rehe, Hirsche, die Kraniche des Zibitus, die philosophischen Gulan und das mancherlei Geflügel. Nur das Kameel muß hier und da eine Schar Kinder auf seinen hölzernen Buckel nehmen, die dann für 25 Pf. pro Kose von märchenhaften Wüstenritten träumt.

Die stärkste Beziehung zum Tiere ist für den Besucher, den die Viehe zur Kreatur in den Zoo führt, zweifellos dort, wo menschliche und tierische Natur sich am ehesten treffen, wo im Teich zur Fortpflanzung das Muttergefühle erwacht, das der Bräutigamsmutter mit ihren kleinen piepsenden Jungen an der Brust ebenso aus dem Auge zu sehen ist, wie der Wabenmama oder der Frau Leopard, die, wie unser Bild zeigt, nach Regenart mit ihrem Kinde spielt. Selbst das humpelnde Kameel hat einen anderen Ausdruck, wenn die komische kleine Kamelkappe mit den kaligen Ziegenbeinen um es herumspielt oder nach Kamelmilch verlangt. Und das Wachstum ist genügend im Zoo — die kanadischen Gänse haben ausgeblüht und suchen ängstlich ihre Rüden vor den Ratten des Untergrundes zu bewahren, der fottens

kaulassische Steinbock hat ein Junges, die Rehe einen Wurf ganz kleiner niedlicher Rehkinder.

Etwas jedoch fehlt noch; ein Aquarium. Aber dazu gehört Geld und das ist, wie die Bilanz aufweist, vorläufig kaum genügend zur Inbetriebhaltung der bestehenden Anlagen da. So ein Zoo erfordert ja nicht nur Reichhaltigkeit der Löwenmahlzeiten, an die der Besucher meist zuerst denkt, sondern eine Menge anderer Dinge, einer Menge Kleinarbeit, die nach außen nicht sichtbar wird. Nicht nur die Ernährung des Ameisenbärs, auch die Unterbringung einer Wasserratte, die ein Zoofreund aus der Umgebung Breslaus bringt, macht Überlegungen und Arbeiten notwendig, die Schafe brauchen für eine Hauterkrankung eine Jodsalbe oder der Tierarzt muß Geburtshilfe leisten.

Und die Buchführung muß in Ordnung sein; nicht die kaufmännische, sondern die Tierbuchführung, bei der man wie im Lagerbuch Name und Art der Zugänge wie der Abgänge feststellen kann.

Reisen ins nahe Ausland als Mittel zur Pflege internationaler Solidarität

Wer von uns Allen aus der sozialistischen Bewegung träumte nicht auch einstmals davon, ins nahe Ausland zu fahren, um die Arbeiterbewegung dort aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Wesen schließliches Ziel war es nicht, persönliche Freundschaften im Kreise Gleichgesinnter aufzubauen und damit die internationale Solidarität zu pflegen. Höchstens als Wanderbursche kamen wir hinaus. Diese internationalen Wanderungen der Handwerkburschen waren zweifelsohne ein unerschöpfbares Mittel, internationales Verständnis im Proletariat zu erwecken. Heute aber hat dieses Wandern aufgehört. Der Weltkrieg hat auch die internationale Freizügigkeit zerrissen. Um so wichtiger werden neue Methoden internationaler Kleinarbeit, die den neuen Verhältnissen angepaßt sind. Internationale Solidarität ist notwendiger denn je. Soll diese Solidarität nicht eine bloße Abstraktion bleiben, dann gehört dazu, daß die Arbeiter eines jeden Landes die Verhältnisse anderer Länder und die Denkweise ihrer Bewohner genauer kennenlernen. Die Preise des eigenen Landes reicht dazu nicht aus. Am besten lernt man ein fremdes Land kennen, wenn man es besucht. Allerdings nicht, wenn man als Tourist von einer Stadt in die andere fährt, der nur die schönen Seiten kennenlernt, sondern als Arbeiter, der dort arbeitet. Doch das ist heute noch immer nicht möglich. So bleibt nur ein Zusammenleben während der Ferien. Und daher versprechen auch die Freunde der internationalen Kleinarbeit ein wichtiges Glied in der Kette internationaler Solidarität des Proletariats zu werden. So schreibt der in der sozialistischen Welt bekannte Altmeister, Karl Kautsky:

Diese Vereinigung, die ein Glied der großen internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung ist, hat sich die besondere Aufgabe gestellt, sprachkundige Genossinnen und Genossen und mit uns Sympathisierende zu bewegen, ihre Ferien im nahen Ausland, im Hause sozialistischer Familien billigt zu verbringen, um mitzuhelfen am Aufbau persönlicher Freundschaften zwischen Gleichgesinnten, um die internationale Solidarität zu pflegen. Denn nur dann wird auch der Nation ein wirklicher Friede verbürgt werden können.

Daneben führen die Freunde der Vereinigung einen regen Brief-, Zeitungs- und Bücher Austausch. Auch Sprachunterricht wird gepflegt nach der „Direkten Methode“ in Orten, wo die Gruppen unterhält, die all diese Interessen umfaßt. Die Sprache ist und bleibt die Seele des Volkes. Und in je wasser wir schauen. Auf Grund dieser Methode konnten sehr viele Genossen schon bereits nach einem sechsmonatigen Unterricht nach England und Schottland fahren und sich gut verständigen.

Im schönen Süden Englands, im Mittel-England mit seinen herrlichen Seen, in Schottlands sagenumwobenem Hochland, in Irland, der ewig grünen Insel, im freundlichen Holland, dem lieblichen Schweden, dem trauten Desterreich, überall sind sozialistische Familien bereit, Gleichgesinnte billigt aufzunehmen. Und wenn ein Austausch in Frage kommt, sogar kostenlos. Auch mit Frankreich und Belgien wird vermittelt. Hier allerdings sind von Zeit zu Zeit gewisse Schwierigkeiten zu überwinden. Selbstverständlich gibt es auch im lieben Deutschland kaum eine Stadt von Bedeutung, wo unsere sozialistischen Familien sich nicht ebenfalls zur Aufnahme zur Verfügung stellen. Und hier sogar in den meisten Fällen ganz uneigennützig. Ob im Süden, Osten, Norden oder Westen, fast überall gibt es Gruppen oder Vertreter der Vereinigung, mit deren Hilfe die Genossinnen und Genossen des Auslands untergebracht werden. Gemeinsam mit der sozialistischen Jugend, der freien Gewerkschaftsjugend, mit der Partei, werden Veranstaltungen getroffen, um die Gäste auch einem größeren Kreise vertraut zu machen. Mit Englisch und teilweise auch Deutsch, manchmal auch mit Esperanto, kommen die Genossen überall durch.

Wer nicht in Hotels wohnen will, wenn es darum zu tun ist, Genossinnen und Genossen persönlich kennenzulernen, wer die Arbeiterbewegung des betreffenden Landes wirklich kennenlernen will, wer allen Ernstes mithelfen will, die internationale Solidarität der eigenen Klasse zu pflegen, der kann nur diesen Weg mit uns beschreiten. Mit erschwinglichen Mitteln die dem hohen Ziele entgegen, das ist nur so erreichbar. Der herzlichsten Aufnahme sind wir von erster Stunde an gewiß, als seien wir alle jahrzehntelang bereits miteinander vertraut gewesen. Doch der Grund hierfür ist eben der unerwähnte Glaube an die hohe Mission des internationalen Sozialismus, der da Brücken baut von einem Herzen zum andern!

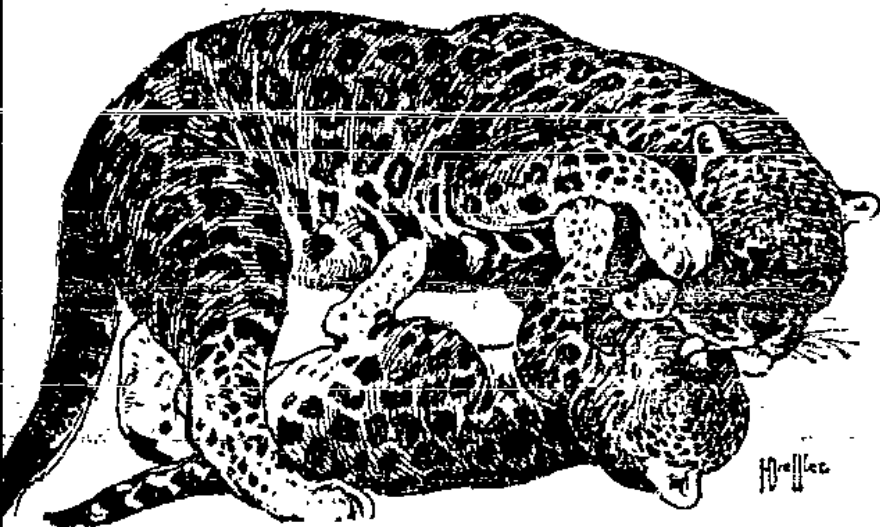
An Antiken für Hin- und Rückfahrt entstehen 120.— Mark, wenn man z. B. Berlin als Abfahrtsort und Süd- resp. Mittel-England oder Schottland als Ziel setzt. Je näher natürlich der Ort der Abfahrt dem Lande des Ziels ist, je geringer die Fahrtkosten. Für volle Verpflegung im Heime der Familie werden je Woche 25.— bis 28.— Mark veranschlagt. Rechnet man noch einige Nebenausgaben hinzu, so genügen 200.— bis 220.— Mark für einen vierzehntägigen Aufenthalt in Groß-Britannien, um das Land zu nennen, das uns zwar am entferntesten liegt, aber auch am interessantesten für uns ist. Kommt ein Austausch zustande, verringert sich der Betrag um 50.— Mark. Ein Reisepaß kostet 3.— Mark. Da die meisten unserer Freunde über Ostende fahren, kommt noch ein Durchgangssum für Belgien in Betracht, das 2.— Mark kosten wird.

Wer reisen will, der muß bereits jetzt seine Wünsche ausführlich unterbreiten. Ebenso, wer eine Korrespondenz haben möchte. Und wer in der Lage ist, ausländische Freunde zu empfangen, der wird gebeten, sich allerbestens an die „Deutsche Landeszentrale der Freunde der internationalen Kleinarbeit“ zu wenden. Berlin, SW. 19, Kurstraße 92. „Der Wionter“ zeln. „The Worker“ das zweisprachige Organ, gibt ausführliche Darstellungen über das für die internationale sozialistische Arbeiterbewegung so erfolgreiche Wirken der Vereinigung.

Der Regenboater

Von A. W. Frey

Ich habe eine ganz komische Konstellation des Bewusstseins als Kind und als Jüngling durch Überwindung von Enttäuschungen und die einen härteren viellach zeitlichen aus den Augen zu werfen und zum wackeligen Gleichgewicht gebracht. Ich habe...



Mutter Leopard beim Montessori-Unterricht

höher Geschicklichkeit tummeln, wie sie bei Vorführungen gewöhnlich Lampen und Wägen zu jonglieren verstehen. Man nimmt Kenntnis, daß Affen — wie die Zooverwaltung zu Ehrerkenntnis unserer nächsten Verwandten aus dem Tierreich am weitestgehend bekannt gibt — keine Läufe haben, wenn sie sich bewegen, daß Löwen- und Tigertatzen auch Verwandte in den nördlichen Breitengraden des asiatischen Rußlands aufweisen. Aber der Zoo hat auch noch ein anderes Gesicht; in ihm spiegelt sich die Eigenart der Umwelt fremder, für uns unheimlicher Länder in ihrer oft besträubenden Formgebung und ungewöhnlichen Farbgebung. Der japanische Hirsch, der chinesische Panda, die kleine bunte, wie von Chinesenhanden aus dem Himmel Holz zusammengeleimte Kellernachtigall lernen in Abendländern, die Motive der japanisch-chinesischen Kunst, die Wiederholung der chinesischen Schrift aus der Umwelt ihrer Entwicklung begreifen. In Japan hat ja selbst das Okochama ein ganz gewöhnliches Haushuhn, einen dekorativ japanischen Schwanz, während Siantschen mit ihrer feinen feinen Abstammung und den wie eingeleimte Geistesfunken blauen Augen wie aus einem siamesischen Tempel herausstrahlen erscheinen. Sie zeigen mit dem Malayenbär und den schwarzen Pantern aus Java den Übergang aus der mongolischen Gemengung zur weichen Rundung jener Kunst- und Lebensformen auf, die man aus dem Balifilm kennt. Auch Brasilien hat die haben statt dem europäischen schwarzen, einen blühenden Kopf mit hellen Vorstößen, während uns die Welt des amerikanischen Kontinents in seinem Wappentier, dem Kanguruh, jenem eigenartigen Steppenspringer, der auf seinen riesigen Hinterbeinen wie auf großen Sprungfedern wippt und seine Jungen monatlang im Beutel spazieren trägt, nahe kommt. Das Breslauer junge Kanguruh ist allerdings schon so „erwachsen“, es hat ein eigenes Gehege und geht mit besonderer Beachtung auf seine kleineren Verwandten, die Känguruh, im Nachbarhaus herab. Der Valcarand, ein sehr liebes Tier, ist mit dem aus allen Nordpolgebirgsberichten rühmlichst bekannten Polarhund eng verbunden; sein weiß-gelbliches Fell erinnert an die weiße Wundel seiner lappländischen Heimat. Wie ein altes Negerweib sieht sich die afrikanische Hängeohrziege das Publikum. Entwicklungsgeschichtlich interessieren vorweg meist die Affen; freis werden im Affenhäus Betrachtungen darüber angestellt, inwieweit, ob und wie die Familienähnlichkeit mit den Menschen aus dem Tierreich vorhanden ist, trotzdem der Mensch viel-



Beim Schachspielen

Gerade zu ihnen weniger innere Begabung findet, wie zu anderen anderen Einwohner des Zoo. Man empfindet sich, den Affen, gar zu sehr karikiert, und der Besuch bestimmt die Aufmerksamkeit der Besucher auf die kleinen Affen wirt...

